Donnerstag, den 8. November 1923 Einzelnummer 10 Milliarden. 34. Jahrgang — Nr. 262

# Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt, Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. Postpreis freibleibend! Für die Woche vom 4. bis 10. November 0,40 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206. Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf. auswärts 12 Pf. Anzeigen unter Text 30 Pf., auswärts 45 Pf., Stellenangebote 4 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 3 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das fette Wort 2 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

# „Legale" Rechts-Diktatur?

## Die Rechte gegen Stresemann.

Aus Berlin wird uns gemeldet:

**Die Absichten der Deutschnationalen Volkspartei werden immer klarer. Immerhin besteht eine einheitliche Auffassung selbst unter ihnen nicht. Das ergibt sich insbesondere aus den Forderungen, die die völkische „Deutsche Zeitung" am Mittwochabend aufstellt. Sie verlangt nicht nur den Rücktritt Stresemanns, sondern auch die Unterstellung des Kabinetts unter einen deutschnationalen Reichskanzler. Außerdem wird der Rücktritt des Reichspräsidenten und seine Neuwahl durch das Volk gefordert.**

**Die Richtung Hergt-Helfferich innerhalb der Deutschnationalen Fraktion sieht weniger auf Aeußerlichkeiten. Sie verlangen zwar auch die Amtsenthebung Dr. Stresemanns, aber verknüpfen diese Forderung nicht mit dem Verlangen, selbst einen deutschnationalen Reichskanzler zu stellen. Mehr Gewicht legen sie auf die politischen Richtlinien, die vor allen Dingen die Wehrhaftmachung des Volkes, Bruch mit Frankreich und Ausschaltung der Sozialdemokratie aus allen Amtsstellen des Reiches und der Länder betreffen. Für das Kabinett, das diese Aufgaben durchführen und sich auf „weiteste Kreise der Wirtschaft und der nationalen Bewegung" stützen soll, ist die Fabrikmarke bereits erfunden, es trägt den Namen „Regierung des Vertrauens". Die neue Firma hat recht, wenn sie sich wenigstens im voraus selbst ihres Vertrauens versichert — denn im Volke dürfte schon nach achttägiger Regentschaft diese faule Reklame nicht mehr ziehen. Bisher kam Hochmut immer vor dem Fall...**

* * *

Kanzler Stresemann erntet den Dank für seinen Mißbrauch der großen Koalition in der sächsischen Frage nur all zu rasch. Kaum hat er durch seine Umgehung der sozialdemokratischen Minister bei den Instruktionen für seinen Reichskommissar in Dresden und die Ablehnung der selbstverständlichen Ausgleichsforderungen der Sozialdemokratie gegen Bayern und gegen den militärischen Ausnahmezustand unsere Partei aus der Reichsregierung herausgedrängt, als er nach dem Verlust der Stütze von links auch selbst von rechts her ins Wanken gebracht wird. Ohne daß der für diese Woche angekündigte Rechtsputsch Wirklichkeit werden muß, scheint schon die Drohung damit zu genügen, um eine reine Regierung der Rechten im Reich zu schaffen. Die Volkspartei-Fraktion scheint dazu schon bereit zu sein, indem sie selbst ihren „besten Mann" — wie Stresemann noch kürzlich von dem Fraktionsführer Scholz genannt wurde — preisgibt, zumal einige ihrer weiter rechtsstehenden Führer mit der Aussicht auf den Reichskanzlerposten geködert werden. Im Zentrum und in der Bayrischen Volkspartei kämpften gestern noch die gemäßigten Verfassungstreuen um Wirth und Prof. Beyerle gegen die neuen Mut fassenden Führer der Rechten um Stegerwald und Schlittenbauer. In der Bayrischen Volkspartei ist der Sieg bereits zu Gunsten der Rechten entschieden. Findet die Rechtsregierung keine parlamentarische Mehrheit, so ist offenbar entweder Auflösung oder aber dauernde Vertagung des Reichstages geplant. Der Reichspräsident hat zwar deutlich erklärt, daß er dazu nicht bereit sei. Aber auch für seinen Posten ist ja bereits der Gegenkandidat Kahr in der Reserve. Wenn Kahr wohl auch nicht einmal die Unterstützung der christlichen Gewerkschaften in Bayern gefunden hat, so hat er dafür die wichtigere Unterstützung der großen Geldgeber in Rheinland-Westfalen und der bewaffneten Geheimbünde.

Was können wir Sozialdemokraten in dieser Lage tun? Nach dem Mißglücken der großen Koalition ist eine legale Linksregierung durch diesen Reichstag nicht mehr zu bilden, da sie parlamentarisch immer entweder auf Stimmen der deutschen Volkspartei oder aber die gleichzeitig unmöglich zu erhaltende Unterstützung des gesamten Zentrums und der Kommunisten angewiesen wäre. Das Wort Hilferdings von der großen Koalition als der letzten verfassungsmäßigen Reichsregierung hat also nur allzu recht behalten. Außerhalb des Parlaments ist mit den Kommunisten nach den letzten Erfahrungen eine gemeinsame Aktion selbst in der Abwehr zurzeit ausgeschlossen. Eine solche gemeinsame Aktion hieße die Proletarier nutzlos wie in Hamburg in den Tod treiben, hieße Generalstreiks ohne Aussicht auf Erfolg im ungünstigsten Augenblick versuchen, nur damit eine Scheinaktion — für Berichte nach Moskau — zustande käme.

Gerade diejenigen unserer Genossen, die immer gepredigt haben, eine Rechtsregierung sei besser als eine Koalitionsregierung der Mitte, da sie die Massen besser über die Deutschnationalen und Rechtsradikalen aufkläre, sollten jetzt die ersten Früchte dieser Aufklärung reifen lassen. Die Wirtschaftslage ist durch die Erfolge der bürgerlichen Reichstagsmehrheit von 1920 und den Cunoschen Ruhrkampf so verfahren, die außenpolitische Lage durch die Folgen des Zick-Zack-Kurses der bürgerlichen Mittelparteien zwischen Erfüllung und Nichterfüllung so schwierig, daß wir die Rechtsparteien wahrhaftig einmal selbst die Ergebnisse ihrer dauernden Sabotage an der Republik genießen lassen können. Wenn sie die Reparationsfrage lösen, wenn sie billige Nahrungsmittel heranschaffen, wenn sie die Wirtschaft aufrichten, ohne die Besitzlosen zu drücken, wenn sie die Reichseinheit durch ihre Politik gegenüber Frankreich auch im Rheinland zu wahren verstehen, so wird ihre Uebernahme der Macht berechtigt gewesen sein. Mißlingt ihnen das, so wird ihre Herrschaft in sich selbst zusammenbrechen, wie sie 1918 zusammenbrach, nur diesmal, da auch sie den von ihnen verlorenen Krieg jetzt endlich politisch fühlen müssen, viel schneller und gründlicher. —m.

## Droht Hergt mit Gewalt?

Ueber die Unterredung, die zwischen dem Reichskanzler und dem deutschnationalen Führer Hergt stattgefunden hat, schreibt die deutschnationale Pressestelle: „Der Abgeordnete Hergt hatte mit Herrn Dr. Stresemann eine persönliche Unterredung, die nur informatorischen Charakter hatte und streng vertraulich ist. Abgeordneter Hergt hatte dabei Gelegenheit, das bereits seit längerer Zeit vollständig fertiggestellte Programm der Deutschnationalen Volkspartei für die Bildung einer neuen Regierung darzulegen. Dieses Programm hat auch bereits das Einverständnis weitester Kreise der Wirtschaft und der nationalen Bewegung gefunden, so daß die neu zu bildende „Regierung des Vertrauens" mit Recht diesen Namen tragen würde. Offiziell ist von keiner Seite an die Deutschnationale Volkspartei herangetreten worden."

Zu dieser Unterredung schreibt der „Vorwärts": „Da die Unterredung zwischen Hergt und Stresemann „streng vertraulich" gewesen sein soll, so wird man auch nicht eine amtliche Bestätigung darüber erhalten können, ob die Gerüchte der Wirklichkeit nahekommen, die davon sprechen, daß Hergt dem bisherigen Reichskanzler ganz offen erklärt habe, die Reichswehr fordere eine deutschnationale Regierung und wenn Stresemann nicht bald zurücktrete, so würde er wahrscheinlich von der Reichswehr aus dem Kanzlerpalais vertrieben werden. Diese im Reichstag kursierenden Gerüchte entsprechen sicher den Gesinnungen innerhalb der Hergt-Partei. Daß sie aber auch den Auffassungen der Führer der Reichswehr entsprächen, möchten wir immer noch nicht als zweifelsfrei erwiesen betrachten."

## Der Reichslandbund als deutschnationaler Sturmbock gegen Stresemann.

Der Reichslandbund erklärt in einer Entschließung: „Eine Regierung, die nicht das Vertrauen des Nährstandes besitzt, wird dem deutschen Volke in seiner Not niemals helfen können. Auch die bisherige Politik Stresemanns und seiner Kabinette versagt und besitzt nicht das Vertrauen des Reichslandbundes. Kaum eine Regierung, die sich bewußt stützt auf die Kräfte der nationalen Bewegung und der bodenständigen Landwirtschaft und dies auch klar in ihrer Zusammensetzung zum Ausdruck bringt, wird im deutschen Volke Kräfte auslösen, die zu seiner Rettung und staatlichen Selbstbehauptung notwendig sind." (Der Landbund enthüllt sich damit offen als Werkzeug der Deutschnationalen und Rechtsradikalen. Was wohl seine volksparteilichen und Zentrumsmitglieder dazu sagen? Red.)

## Auch die Bayrische Volkspartei gegen Stresemann.

Wie die Blätter aus München melden, hat der Landesausschuß der Landesvorstände der Bayrischen Volkspartei einmütig beschlossen, die Reichstagsfraktion telegraphisch zu benachrichtigen, daß für die Bayrische Volkspartei eine Beteiligung an einem Kabinett Stresemann aus sachlichen und persönlichen Gründen nicht in Frage kommen kann.

**Amtl. Dollarkurs vom Mittwoch 620 425 000 000**
**1 Goldmark = 150 575 000 000 Papiermark.**

## Vor Neuwahlen in England.

Aus London wird uns geschrieben:

Der englische Premierminister Baldwin hat angekündigt, daß er das Land zu Neuwahlen aufrufen wolle. Die Labour Party hat diese Parole angenommen und durch den Mund ihres Führers Mac Donald das Wahlprogramm der Regierung mit der Ansage der Kampfbereitschaft beantwortet. Die Wahlplattreform, die die konservative Regierung gewählt hat, ist freilich herausfordernd genug. Sie heißt: Abhilfe gegen Arbeitslosigkeit durch — Schutzzölle.

An diesem Regierungsprogramm ist mancherlei bemerkenswert. Vor allem die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit, die furchtbare Folge des Krieges und Sieges, nach vier langen Jahren, in denen sie immer bedrohlicher anschwoll, endlich von der Regierung als das gewürdigt wird, was sie ist: als die wichtigste innerpolitische Frage Englands. Was die Regierung zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten tut, ist trotz der Erweiterung der Pläne, die Baldwin in Aussicht gestellt hat, völlig ungenügend; noch immer gibt es hunderttausende arbeitslose Bauarbeiter, an die jährlich drei Millionen Pfund elender Unterstützung gezahlt werden und hunderttausende wohnungslose Menschen, für die mit zwei Millionen Pfund jährlich 200 000 Wohnungen gebaut werden könnten; noch immer hungern im reichsten Land Europas Millionen Menschen arbeitslos und ausgestoßen. So ist es die Unfähigkeit der kapitalistischen Unordnung, die Angst der Regierenden vor dem Winter der Ausgestoßenen, die zur Beruhigung der Massen nach der Neuwahl ruft.

Aber was hat diese Regierungskunst den Arbeitslosen zu bieten? Es ist fürwahr ein kurioses Heilmittel, das den schon Erkrankten vor der Ansteckung schützen will: Englands Volkswirtschaft soll abgesperrt, seine Industrie soll „geschützt", sein Markt vor der ausländischen Konkurrenz behütet werden, England, das klassische Land des Freihandels, soll unter die Staaten der geschlossenen Grenzen gehen. Die neue englische Politik nimmt die alte Gestalt des Schutzzolls an.

Damit knüpft die neueste Parole an sehr altbekannte Dinge an. Die ganze zweite Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts in England ist ausgefüllt von den Kämpfen der beiden großen historischen Parteien des englischen Bürgertums, der Liberalen und der Konservativen; und den wirtschaftlichen Hauptinhalt dieser Kämpfe bildet der Streit um Freihandel oder Schutzzoll. Die Liberalen, die eigentlichen Vertreter der kapitalistischen Bourgeoisie, des aufblühenden Handels, dem jeder Zoll das Geschäft störte, und der Industrie, die billiges Brot für billige Arbeitskraft brauchte, sind unter der theoretischen Führung der „Manchesterschule" für den zollfreien Handel eingetreten; die Konservativen, aus den Resten der Feudalität, dem englischen Grundadel hervorgegangen, vertraten das Interesse der schwachen englischen Landwirtschaft an schützenden Zöllen. Aus diesem Gegensatz entwickelte sich der jahrzehntelange, historische Kampf, der die besten Männer der englischen Bourgeoisie auf den Plan rief und der schließlich mit dem Sieg des Freihandels endete. Und heute soll diese ganze geschichtliche Entwickelung, dieses einstige Kampfziel und Ideal des Bürgertums, wie so viele andere rückwärts revidiert werden?

Indes, der verspätete Sieg in einem vergangenen Kampfe, den man darin erblicken wollte, ist nur zur Hälfte wahr — insofern er eine Niederlage der Liberalen ausdrückt, ein Symptom mehr des unaufhaltsamen Unterganges dieser Partei. Aber die Sieger, die Schutzzöllner von heute, sind nur mehr zum Teil die konservativen Landlords von gestern: in Wahrheit sind heute bereits eine ganze Reihe anderer Klassenschichten in die konservative Partei übergegangen. Wie in allen Ländern, ist auch in England eine Entwickelung am Werke, die das Bürgertum aller „liberalen" Ideale entblößt und es immer mehr in eine einzige, konservative, reaktionäre Partei der Besitzenden sammelt. So stellt heute bereits die englische Schwerindustrie, der Großhandel, das Finanzkapital einen namhaften Teil der konservativen Parteigänger, die sich dort mit den Männern des Adels und Grundbesitzes, mit den Offizieren und den ihrer Klasseninteressen nicht bewußten Schichten des Kleinbürgertums und der Angestelltenschaft begegnen. So ist darum heute die Frage der Zollfreiheit keine Frage des Klassenkampfes zwischen Industrie und Grundbesitz mehr. Der alte Streit zwischen Freihandel und Schutzzoll lebt nicht wieder auf. Hinter dem Schutzzollprogramm der konservativen Regierung birgt sich

vielmehr heute politisch wie wirtschaftlich ein ganz anderes Problem.

Zunächst bedeutet es eine gewisse Frontänderung innerhalb der konservativen Partei. In ihr hatte in der letzten Zeit der Wille der kapitalistischen Kreise vorgeherrscht, die sich um Baldwin, als ihren eigenen Führer, scharten. Ihre Interessen haben bei der Ersetzung Bonar Laws durch Baldwin den Ausschlag gegeben und die Politik Baldwins — des letzten Jahres — bestimmt. Sie waren es, die ihn die „wohlwollende" Neutralität, das heißt das untätige Zuschauen seines Vorgängers gegenüber dem europäischen Chaos aufgeben hießen und jene Periode der englischen Politik einleiteten, in der Baldwin vergebens versuchte, dem französischen Imperialismus, den seine Vorgänger hatten zu mächtig werden lassen, seine Macht, die Europa zerstörte — auszureden. Den rücksichtslosen Zugriffen der französischen Politik setzte er die vorsichtigen Vorschläge der englischen Diplomatie entgegen — und auch das sehr zum Mißvergnügen, ja in ständigem Konflikt mit der anderen Gruppe der konservativen Partei, die vom Krieg her noch durchaus in Deutschenhaß und Franzosenfreundlichkeit schwelgte. Aber Poincaré hat gesiegt und — Baldwin sucht durch seine neueste politische Wendung die Interessen der englischen Industrie mit der Ideologie der englischen Landlords zu vereinigen. Er gibt es auf, in Europa Politik machen zu wollen. Er zieht sich auf seine Insel zurück und will die Grenzen hinter sich absperren. Der Schutzzoll ist der wirtschaftliche Ausdruck des konservativen Ideals der Insularität: mit Schutzzöllen gegen das Chaos.

Damit aber gewinnt die Aufrollung der Schutzzollfrage eine weit über das Wirtschaftliche hinausreichende Bedeutung: ist die Arbeitslosigkeit, sind die Folgen des Krieges und des Friedens ein lokales oder ein internationales Problem? Sie national, ja gerade durch lokale Absperrung und Isolierung zu lösen, ist der Weg, den die englische Bourgeoisie vorschlägt: es ist der be.ueme Weg, der Verantwortung zu entweichen, die die englische kapitalistische Regierung, wie jede andere, an dem gegenwärtigen Chaos trägt. Die Arbeitslosigkeit als Problem der internationalen Politik zu begreifen, das nur durch internationale Mittel, durch Beseitigung des Chaos und Wiederaufbau der Welt gelöst werden kann — das ist die Auffassung der englischen Arbeiterklasse. Nicht Schutzzoll gegen Freihandel, sondern Schutzzollpolitik gegen die Politik der Arbeiterpartei ist die Entscheidung der kommenden Wahlen — so waren Mac Donalds Worte. Und Arthur Henderson, der Sekretär der Labour Party, hat die Entschlossenheit seiner Partei in die Worte gekleidet: „Herr Baldwin wirft uns den Fehdehandschuh der Schutzzöllnerei (protection) gegen die Forderung der Arbeiterklasse nach aktiver internationaler Politik und nach einer inneren Politik hin, die die Wirtschaftskräfte unseres Landes entwickelt. Wohlan, wir nehmen die Herausforderung an!"

P.

## Die blutigen Unruhen in Krakau.

Wie die polnische Telegraphenagentur meldet, wurden bei den Tumulten in Krakau am Dienstag nachmittag 25 Personen getötet, 49 schwer und 29 leicht verletzt. Gegen Abend war die vollständige Ruhe in der Stadt wiederhergestellt.

## Verlegung der sächsischen Gemeindewahlen.

**Dresden, 7. November.** (Eigener Drahtbericht.) Die gegenwärtigen politischen Verhältnisse in Sachsen und im Reiche haben das Ministerium des Innern veranlaßt, die Gemeindewahlen, die ursprünglich am 18. November stattfinden sollten, auf den 13. Januar 1924 zu verlegen. Die neue Verordnung des Ministeriums enthält die näheren Bestimmungen, nach denen insbesondere die Wählerlisten zur Berücksichtigung der inzwischen eintretenden Aenderungen neu ausgelegt werden sollen. An dem Termin des Inkrafttretens der Gemeindeordnung wird nichts geändert.

# Geßler bestätigt die Befehle Reinhardts gegen die proletarischen Hundertschaften.

**Weimar, 7. November.** (Eigener Drahtbericht.) **Staatsminister Genosse Frölich ist als Vorsitzender des Thüringischen Staatsministeriums nach Eingang des Schreibens des Militärbefehlshabers des Wehrkreises V, des Generalleutnants Reinhardt in Stuttgart, vom 6. November sofort bei den zuständigen Regierungsstellen in Berlin persönlich vorstellig geworden, weil für die Art des Einmarsches der Truppen keine Veranlassung vorlag. Der Reichswehrminister hat darauf ein Schreiben folgenden Wortlautes an den Thüringischen Staatsminister gerichtet:**

**„Berlin, den 6. November 1923.**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

**In Erläuterung des Ihnen vom Wehrkreiskommando V zugegangenen Schreibens darf ich noch folgendes ausführen: Der Auftrag des General Reinhardt lautet dahin, Thüringen auch gegen jeden Einfall von Banden von auswärts zu schützen, was im ersten Satze dieses Schreibens zum Ausdruck kommt, wenn er von der bedrohlichen Lage um Thüringen spricht. Ich bin der Ueberzeugung, daß Schutzpolizei und Reichswehr zu dieser Aufgabe völlig genügen, daß daneben aber bewaffnete Organisationen unmöglich sind, weil sie eine Gefahr für die Bevölkerung und die Truppe bilden. Ich wäre dankbar, wenn dem General Reinhardt bezw. dem örtlichen Truppenkommandeur General Hasse jede Unterstützung zur Lösung seiner Aufgabe geleistet würde.**

**Mit der Versicherung der vorzüglichsten Hochachtung**

**Ihr sehr ergebener**

**gez. Geßler."**

* * *

Auch Herrn Geßler dürfte die Anpassung an militärische und deutschnationale Wünsche seinen Ministerposten nicht retten. Das Spiel, das in Thüringen gespielt wird, ist durchsichtig genug. Statt die bayrischen Rechtsradikalen abzuwehren, erleichtert er ihnen die Ausdehnung ihrer Macht nach Mitteldeutschland. Die Rückwirkung der militärtaktischen Maßnahmen der Generäle auf die Stimmung der bürgerlichen Mittelparteien tritt bereits offen zu Tage. Obgleich wir auf Unterstützung unseres Protests nach diesem Schreiben Geßlers nicht einmal mehr bei den Demokraten rechnen können, halten wir Kennzeichnung dieses indirekten Hilfsdienstes für die Kahr-Diktatur im Reiche durch unsere Reichstagsfraktion für geboten und erwarten daher einen Vorstoß der Fraktion für sofortige Einberufung des Reichstages im Aeltestenrat. Es lohnt, die bürgerlichen Mittelparteien jetzt zu klarer Stellungnahme gegenüber diesen Vorgängen und die kommende Rechtsregierung zu klarer Stellungnahme gegenüber dem Parlament zu zwingen. —m.

* * *

Neuerdings hat auch das „Berliner Tageblatt" einen Sonderkorrespondenten nach Coburg entsandt. In einem ausführlichen Bericht bestätigt er, daß die irregulären Banden über Personenautos, Lastkraftfahrzeuge, Geschütze, Gewehre und Munition verfügen. Es handelt sich bei den Truppen hauptsächlich um Leute im Alter von 17—30 Jahren. Fortgesetzt werden neue Einziehungen vorgenommen.

Wie angesichts der wiederholt bestätigten Tatsachen über die bayrischen Rüstungen das Wehrkreiskommando V in Stuttgart ein Dementi in die Welt schicken kann, in dem der Aufenthalt irregulärer Banden an der thüringisch-bayrischen Grenze als nicht den Tatsachen entsprechend bezeichnet wird, ist uns unverständlich.

## Wer vor Bürgerkrieg warnt, wird verhaftet!

Auf Grund des § 1 der Verordnung vom 26. September hat der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos III die Verhaftung des Berliner Journalisten Oehme angeordnet. Dieser Anordnung wurde folgende Begründung beigegeben:

„Oehme hat durch Verbreitung unwahrer Nachrichten, in denen der Bürgerkrieg in Deutschland als unmittelbar bevorstehend dargestellt wurde, die öffentliche Ruhe und Ordnung aufs schwerste gefährdet. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse bildet er somit eine Gefahr für die Sicherheit des Reiches, der nur durch seine Verhaftung vorgebeugt werden kann."

Wir haben es herrlich weit gebracht! Erst vor wenigen Tagen mußte die Reichsregierung in einem Aufrufe „An das deutsche Volk" gestehen, daß dem Reich „innere Erschütterungen drohen" und „gewisse Kreise versuchen, gestützt auf die Notlage unseres Volkes, einen ungesetzlichen Druck auf die Staatsgewalt auszuüben, vielleicht sogar die Brandfackel eines Kampfes Deutscher gegen Deutsche in das deutsche Haus zu werfen". W bedeutet das anderes als der Hinweis auf einen bevorstehend Bürgerkrieg? Wenn also schon Oehme, der die dem Aufruf z grundeliegenden Tatsachen vielleicht etwas übertrieben hat, Haft genommen wurde, dann hätte zum mindesten au die Reichsregierung von dem Befehlshaber de Wehrkreiskommandos III festgenommen werde müssen. Aber ganz abgesehen davon erscheint es gerade skandalös, daß Oehme, der unseres Erachtens wahrhaftig kei Gefahr für die Reichseinheit darstellt, in Schutzhaft genomm wird, während die tatsächlichen Reichszerstöre weiterhin auf freiem Fuß bleiben und tagtäglich G legenheit nehmen dürfen, in Wort und Schrift die bevorstehen Abrechnung anzukündigen.

## Generalappell der „Vaterländischen Verbände".

**Kahr als Führer.**

München, 7. November. (Eigener Drahtbericht.) Am 6. u 7. November tagten in München die Vorstände der Vate ländischen Verbände Deutschlands, selbstverständl hinter verschlossenen Türen. Am Schlusse der Verhandlung wurde die ihnen gesinnungsverwandte Presse über das Ergebn unterrichtet. Dabei wurde betont, daß die Vaterländischen V bände als Hauptforderung des Tages die schleunige R vision der Reichsverfassung in föderalistische Sinne aufgestellt haben. Es ist selbstverständlich, daß e wesentlicher Teil dieser Beratungen, die angesichts der jüngst Entwicklung im Reiche von großer Siegeszuversicht getrag waren, sich mit der Frage beschäftigten, ob ein gemeinsame Aktionsprogramm mit Hitler, Ehrhardt u anderen Führern von Kampfesverbänden au zustellen möglich sei. Dabei ist wohl festgestellt worden, d das Verhältnis zu anderen „nationalen" O ganisationen günstig und zufriedenstellend sei, daß a keine Möglichkeit vorhanden ist, insbesondere Hitl mit seinem Kampfbunde auf eine gemeinsam Parole mit den Vaterländischen festzulegen. D entspricht auch durchaus der selbstherrlichen Einschätzung Hitle der sich nur mit den Kräften verbindet, die sich ihm unterordn

Herr von Kahr wird überdies in einer am Donnerst abend stattfindenden Versammlung vor einigen tausend gelade Gäste über die Verhandlungen der Vaterländischen Verbä sprechen und anschließend ein Programm entwickeln, mit d Deutschland gesund gemacht werden soll. Diese Kundgebung angeblich einberufen von allen bürgerlichen Erwerbsständ Münchens, sie ist aber zweifellos als ein Werk der Vaterländisch Bezirksvereine (ehemalige Einwohnerwehren) zu urteilen, die insgesamt eine Plattform für Kahr abgeben, hier als der Exponent und erklärte Führer der gesamten va ländischen Bewegung im Reiche auftritt.

## Bei dem kommunistischen Putsch in Hamburg

wurden nicht nur fünf kommunistische Bürgerschaftsabgeordn auf frischer Tat ertappt, sondern drei weitere kommunistische geordnete trotz ihrer Immunität einige Tage später auf V anlassung des Senats vorläufig festgenommen. Der Senat nunmehr der Bürgerschaft einen Antrag zugehen lassen, Immunität sämtlicher kommunistischer Abgeordneten aufzuheb weil sie sich des Hochverrates und anderer schwerer Ve brechen schuldig gemacht hätten. Die Bürgerschaft stimmte Mittwoch diesem Antrage mit allen Stimmen gegen d des deutschvölkischen Flügels und einem einzig anwesenden Kommunisten zu. Dabei machte der Vorsitzende sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Leuteritz, die Mitteilu daß ein Schreiben des Bezirks „Wasserkante" der Kommunistisch Partei aufgefangen worden sei, in dem über die Erfahrungen dem Putsch berichtet und festgestellt wird, daß der Putsch a Anordnung der Partei angezettelt und a gebrochen worden sei.

## Oeser nicht mehr Landeshauptmann.

In der heutigen Sitzung des Provinziallandtages Sachsen wurde der Rücktritt des Reichsverkehrsministers Oe vom Amte des Landeshauptmanns der Provinz Sachsen, das bisher noch formell mitbekleidet hatte, bekanntgegeben.

## Landarbeiterwohnungen aus Mitteln der produktiv Erwerbslosenfürsorge.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einem Erlaß preußischen Ministers für Volkswohlfahrt entnimmt, hat sich Reich damit einverstadnen erklärt, daß in Preußen eine bestim Anzahl von Landarbeiterwohnungen durch Tilgungsda lehne aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge fördert wird. Dementsprechend erhalten künftig die Bei Rahmenanerkennungen, die gleichfalls für eine Anzahl La arbeiterwohnungen gelten. Die Einheitssätze für den Bau Landarbeiterwohnungen werden nicht mehr besonders, sondern sammen mit den Sätzen für die unterstützende Erwerbslo fürsorge bekanntgegeben.

# Der Kampf am Dover.

Roman von Victor Hugo.

22]

Gilliatt kannte die Dovers nur zu gut. Deshalb sorgte er zuerst dafür, seinen Holländer in Sicherheit zu bringen. Das doppelte Riff, das sich hinter den Doverklippen hinzog, hing hier und dort mit anderen Felsen zusammen, und man durfte in ihnen Höhlen und Buchten vermuten, die mit dem Engpaß in Verbindung standen. Die fernen Gipfel der unterseeischen Klippen, die durch die Ebbe trockengelegt waren, endigten am Abhang des „Mannes" in einer Bucht, die fast ganz eingeschlossen war. Dort war vielleicht ein Ankerplatz. Sie hatte die Form eines Hufeisens, das sich nach Osten öffnete, der wenigst gefährlichen Windseite dieser Gebiete. Ueberdies hatte Gilliatt keine große Auswahl.

Wollte er die Ebbe benutzen, so war keine Zeit zu verlieren. Der Ozean befand sich gerade in gnädiger Stimmung. Gilliatt stieg herab, zog Schuhe und Strümpfe an, löste das Seil des Holländers und fuhr ab. Mit Hilfe der Ruder lavierte er längs der äußeren Klippen und untersuchte, bei dem „Mann" angelangt, den Eingang der Bucht. Er brachte sich durch einen einzigen Ruderschlag in den kleinen Hafen und warf das Senkblei. Der Untergrund war ausgezeichnet. Der Holländer fand hier gegen jedes Wetter eine sichere Zuflucht. Gilliatt brachte sein Schiff so dicht als möglich an den „Mann" und warf dann beide Anker in den Grund, den er stellenweise so tief fand, daß der Kiel ihn nicht erreichte. Als er damit fertig war, kreuzte er die Arme und hielt Rat.

Das Schiff war in Sicherheit. Diese Schwierigkeit war beseitigt. Aber wo fand er selber Unterkunft?

Der Holländer mit seinem Kajütenloch, in dem man schon leben konnte, stand ihm frei und ebenso das Plateau des „Mannes", das leicht zu erklettern war.

Von beiden Plätzen aus konnte man, wenn man von Klippe zu Klippe sprang, fast trockenen Fußes zu den Dovers gelangen, wo die Durande lag. Doch die Ebbe dauerte nur kurze Zeit, und sonst trennten ihn mehr als zweihundert Schritt von dem Wrack. Zwischen den Riffen zu schwimmen ist schwierig, bei Wellenschlag unmöglich.

Weder der Holländer noch der „Mann" konnte ihm etwas nützen. In den benachbarten Felsen war nirgends ein wirklicher Ort. Die kleinen Felsen standen zweimal täglich zur Flutzeit unter Wasser. Die höheren waren ständig dem Anprall der Wogen ausgesetzt.

Blieb also nur das Wrack.

Konnte er darin wohnen?

Er hoffte es.

### I.

### Das Zimmer für den Reisenden.

Eine halbe Stunde später stieg Gilliatt von dem Verdeck des Wracks in das Zwischendeck und von da in den Schiffsraum, um der ersten Untersuchung eine zweite folgen zu lassen.

Mit Hilfe der Schiffswinde hatte er seinen Ballen auf das Verdeck der Durande gehißt. Alles Nötige dazu fand er in dem Trümmerhaufen an Bord, sogar einen Meißel, mit dem er sein Handwerkszeug vermehrte. Außerdem hatte er noch sein Messer in der Tasche.

Gilliatt arbeitete den ganzen Tag auf dem Wrack, säuberte es, besserte aus, räumte Ueberflüssiges hinweg.

Am Abend kam er zu der Einsicht, daß das zertrümmerte Fahrzeug unhaltbar sei. Es zitterte im Winde und schwankte bei jedem Schritt, den Gilliatt tat. Er hätte unklug gehandelt, sich darauf niederzulassen. Es wäre eine Ueberlastung gewesen, während es gerade wichtig war, es zu erleichtern. Es war schon übel genug, daß Gilliatt gezwungen war, darauf zu arbeiten.

Wenn überdies nachts ein Ereignis Gilliatt im Schlafe überraschte, so ging er mit der Durande unter. Er mußte also außerhalb wohnen. Außerhalb des Wracks und doch in unmittelbarer Nähe, das war die Aufgabe, die gelöst werden mußte.

Die Schwierigkeiten begannen.

Gilliatt grübelte.

Ihm blieb nichts als die beiden Dovers. Sie schienen alles andere als wohnlich. Auf dem hochgelegenen Plateau des großen Dover bemerkte man eine Art Auswuchs. Vielleicht gab es in diesem Felsstück eine Vertiefung, ein Loch, in das man sich drängen konnte. Er verlangte nicht mehr. Aber wie das Plateau erreichen? Konnte man diese scheitelgerade Wand erklimmen, die glatt wie ein Kiesel, zur Hälfte mit klebrigen Moosen bedeckt und im übrigen so glänzend war, als wenn sie abgeseift wäre?

Die Entfernung von dem Verdeck der Durande bis Rande des Doverplateaus betrug wenigstens dreißig Fuß.

Gilliatt nahm das Knotentau aus seinem Kasten, befesti es mit dem Klettereisen an seinem Gürtel und begann den klei Dover zu ersteigen. Oben angelangt, richtete er sich empor. Platz war kaum so groß, daß seine beiden Füße da Platz fand Der kleine Dover neigte dem großen seinen Gipfel zu. Hier o betrug der Zwischenraum nur acht bis zehn Fuß. Er löste Tau, maß die Entfernung und schleuderte das Klettereisen über auf das Plateau. Es schleifte am Felsen und sprang zur Er warf das Seil zum zweiten Mal, doch so, daß er auf Graniterhöhung zielte, wo er Risse bemerkte. Der Wurf gel Das Eisen haftete. Gilliatt zog an dem Seil.

Das Felsstück zerbrach und das Tau fiel wieder längs Klippenwand herunter.

Gilliatt warf es zum dritten Mal in die Höhe. Es haf wieder. Er zog aus voller Kraft am Tau. Das Eisen hatte ankert und mußte in einer Unebenheit stecken, die man von un nicht bemerken konnte.

Jetzt sollte er sein Leben diesem Halt anvertrauen.

Gilliatt zögerte nicht. Alles drängte zur Eile.

Vor ihm lag ein furchtbares Werk. Es handelte sich dar an einem Seile schwebend den Zwischenraum der beiden Klip zu durchfliegen. Gilliatt prüfte die Haltbarkeit des Eisens zweiten Mal. Es hielt. Er umwickelte seine linke Hand mit Taschentuch, umfaßte mit der rechten, die er mit der linken deckte, das Tau, streckte einen Fuß vorwärts, stieß mit dem and heftig gegen den Fels, um die Kreisdrehung des Seiles zu hindern, und stürzte sich von dem Gipfel des kleinen Dover der steilen Wand des großen.

Der Gegenprall war stark.

Ungeachtet seiner Vorsicht drehte sich das Tau und Gill stieß mit der Schulter heftig gegen das Gestein. Er blieb ei Augenblick betäubt, doch seiner Sinne mächtig genug, um Tau festzuhalten. Eine Zeit verstrich mit Zucken und Schwan bis er imstande war, das Seil mit den Füßen festzuklemm Endlich gelang es.

Gilliatt warf einen Blick in die Tiefe. Das Seil reichte auf das Verdeck der Durande. Er fing an, emporzuklettern. einigen Augenblicken hatte er das Plateau erreicht.

(Fortsetzung folgt.)

# Der gestrige Goldmark-Sprung und die Warenpreise.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die in weiten Kreisen verbreitete Annnahme, die Reichsbank würde die Devisenkurse bis zu der in nächster Woche erfolgenden Einführung der Rentenmark stabil halten, hat sich als irrig erwiesen. Am Mittwoch mußten die Devisenkurse erheblich heraufgesetzt werden. Zugeteilt wurden nur 2 Prozent. Die Goldmark stellt sich auf 150 Milliarden. Für Goldanleihe und Dollarschatzanweisungen, deren Nachfrage sehr stürmisch war und alles bisher Dagewesene übertraf, kam kein Kurs zustande.

Die Gründe für die Vorgänge auf dem Devisenmarkt liegen auf der Hand. Während die Reichsbank sich um stabile Kurse bemühte, übte der Handel offenbar Sabotage. Das beweisen u. a. die Proteststürme der Handelskammern, die von der Regierung die Anpassung an die gesprochenen ausländischen Kurse verlangen. In der Praxis richtet sich bereits die Tendenz der deutschen Preisbildung sehr stark nach den Kursen der ausländischen Börsen. Deshalb trat in den letzten Tagen eine empfindliche Erhöhung der Goldpreise ein. Durch diese Korrektur des Handels entstand ein offenbares Mißverhältnis zwischen der amtlichen Berliner Dollarnotierung und dem Warenpreis. Dieses Mißverhältnis hat sich nun am Mittwoch auf die Devisenpolitik der Reichsbank ausgewirkt. Diese bedauerliche Bewegung ist unseres Erachtens noch nicht abgeschlossen, da die Regierung durch den Zickzackkurs in der Devisen- und Währungspolitik und ihre Unschlüssigkeit auf währungstechnischem Gebiet die größte Unsicherheit in die Bevölkerung getragen hat.

Während auf dem Devisenmarkt die Kurse anzogen, ließen sie auf dem Effektenmarkt bedeutend nach. Die Einbußen betragen bei den schweren Werten und bei den Maschinen- und Schiffspapieren rund 50 Prozent. Der Rückgang war nur vorübergehend, die Kurse erholten sich am Schluß der Börse.

Auf dem Produktenmarkt stockte der Verkehr auf Grund der „Beschlagnahme"-Verordnung völlig. Die Preise ließen wesentlich nach. Es wurden bezahlt in Goldmark für Weizen 184,5 bzw. 189 Mark, gegen 189 bzw. 197,5 Mark am Dienstag und für Roggen 183 bzw. 184 gegen 184,5 bzw. 189 am Vortage.

# Kann man Kartelle und Trusts innerhalb der kapitalistischen Ordnung bekämpfen?

### Zum Kartellgesetz.

Ein wirtschaftlicher Mitarbeiter schreibt uns:

Die Regierung hat am Sonnabend die „Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen" erlassen. Das Gesetz kommt vier Wochen nach seiner Ankündigung reichlich spät. Unzweifelhaft ist der Preisunfug der Kartelle und Trusts eine der wesentlichen Ursachen der gegenwärtigen Krise. Von einer freien Konkurrenz und von einer Preisgestaltung durch das Spiel der freien Kräfte kann heute auf den deutschen Warenmärkten nicht mehr die Rede sein. Man hatte den letzten Ueberrest der Zwangswirtschaft und damit die durchaus notwendige Einrichtung der Höchstpreise beseitigt, um dem Konsumenten in einem Land, auf dessen Märkten die Nachfrage das Angebot seit Jahren übersteigt und das durch seine Valuta vom Weltmarkt so gut wie abgeschnitten und somit einer regelrechten Blockade ausgesetzt ist, übersetzte Preise zu diktieren. So hat die sogenannte „freie Wirtschaft" die Kaufkraft dezimiert und den Export brachgelegt. Außerdem löst sie die Gefahr einer völligen Vertrustung Deutschlands aus, unter deren Auswirkung wertvolle Kräfte des geistigen und staatlichen Lebens verkümmern müssen.

Die Industrieländer der ganzen Welt haben schon seit Jahrzehnten den Kampf gegen diese Gefahr aufgenommen. Wir erinnern nur an den Kampf, den Amerika und England gegen ihre Kartelle usw. geführt haben und noch führen. Diese Kämpfe lehren aber, daß es äußerst schwierig ist, diesen industriellen Machtstellungen mit Paragraphen und Verordnungen beizukommen. So entsteht auch für uns die Frage, ob das am Sonnabend erlassene Kartellgesetz wirklich ausreicht, die bezeichneten Auswüchse in unserem Wirtschaftsleben zu beseitigen. Die Verordnung sieht von der vielfach verlangten grundsätzlichen Auflösung der Kartelle ab. Wenn sie auch in den §§ 2 und 3 solche Kartellverträge für nichtig erklärt, die das Kartellgericht ausschließen oder durch moralische Bindungen bekräftigt sind. Alle Verträge bedürfen in Zukunft der schriftlichen Form. So begnügt sich die Regierung schließlich nur mit einer Nachprüfung der Kartelle, die sie aber nur nach Gutdünken vorzunehmen braucht. Es liegt uns fern, ein prinzipielles Verbot der Kartelle usw. zu verlangen. Man würde mit einem solchen Verbot auch nur das Kind mit dem Bade ausschütten und wertvolle produktionstechnische Kräfte, die in der Vereinigung zu Produktions- oder Handelsgemeinschaften an und für sich liegen, vernichten. Aber wir sind der Meinung, daß es unter den 3000 Verbänden in Deutschland, die unter die Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen fallen, recht viele gibt, die nichts anderes als ausgesprochene Preiskonventionen sind und für die eine wirtschaftliche Notwendigkeit zum Zusammenschluß nicht vorliegt. Das gilt besonders für alle Konventionen der Lebensmittelerzeugung und des Lebensmittelhandels, schließlich auch für eine ganze Reihe von Verbänden, die für notwendige Gegenstände des täglichen Bedarfes heute die Preise diktieren. Das zaristische Rußland hat in den neunziger Jahren ein Gesetz geschaffen, das solche Verbände grundsätzlich verbot. Angesichts des unbestreitbaren Wuchers, der heute mit Lebensmitteln in Deutschland getrieben wird, wäre ein sofortiges Verbot der bezeichneten Kartelle nur angebracht. Zum mindesten müßte eine dauernde Kontrollstelle geschaffen werden, die das Recht zur Nachprüfung der Kalkulation und zur Festsetzung von Höchstpreisen hat. Hier weist die Verordnung eine bedenkliche Lücke auf. Andere Länder sind gegen das Preismonopol der Kartelle und Trusts viel energischer vorgegangen. Zum Beispiel sieht das englische Kartellgesetz nicht nur eine Kommission zur dauernden Beobachtung der Trusts vor, sondern es gibt dem Handelsamt auch das Recht, den Kostenanschlag zu prüfen und wenn nötig, Höchstpreise festzusetzen. Das deutsche Kartellgesetz verpflichtet aber nur die Kartelle usw., ihre Verträge anzumelden und vorzulegen. Dem Reichswirtschaftsminister ist es überlassen, ob gegen ein Kartell vorgegangen werden soll und das Kartellgericht hat zu urteilen. Die Zusammensetzung dieses Gerichts, zwei Richter, zwei Interessenten und ein Unparteiischer, kann absolut kein Vertrauen erwecken. Die Konsumenten sind ausgeschaltet und die Arbeiterschaft ließ man unberücksichtigt. So bleiben die Interessen hübsch unter sich und entscheiden, denn die Richter und der Unparteiische werden die Grundlage der Branche, über die sie ein Urteil fällen sollen, sehr wahrscheinlich nur unvollkommen und auf jeden Fall weniger gut als die Vertreter dieser Branche kennen und von ihrer Meinung abhängen. So wird das Kartellgericht nichts anders als eine Kartelleinigungsstelle sein. Mit ihm ist überhaupt kaum Neues geschaffen worden. Die ordentlichen Gerichte konnten ja schon seit Jahrzehnten auf Grund der §§ 138 und 134 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gegen Kartelle und Trusts vorzugehen, wenn ihr Gebahren gegen die gute Sitte verstieß und sie sich des Wuchers schuldig gemacht hatten. Die Paragraphen sind allerdings kautschukartig genug, um die Kartelle und Trusts genügend zu schützen. Ist diesem Mangel nun durch die Verordnung vom 2. November abgeholfen worden? Der § 4 des Kartellgesetzes ermächtigt zu einem Vorgehen, wenn ein Vertrag oder Beschluß die „Gesamtwirtschaft oder das Gemeinwohl gefährden". Diese Formulierung ist keineswegs klar und höchst subjektiv. Bei „gutem" Willen bietet sie gegen die Kartelle keine Handhabe. Es besteht somit die Gefahr, daß die ganze Verordnung wertlos wird, je nachdem die Person über Schädlichkeit oder Nützlichkeit der Kartelle und Trusts denkt, die befugt ist, die Begriffe „Gemeinwohl" und „Gesamtwirtschaft" auszulegen und sie auf die Auswüchse unseres Wirtschaftslebens anzuwenden.

Die Verordnung unterscheidet zwischen Trust und Kartell. Diese beiden wirtschaftlichen Gebilde erfahren auch in dem Gesetz eine höchst verschiedene Behandlung. Die Trust- werden als die gefährlichere wirtschaftliche Erscheinungsform betrachtet. Die Gesetzgeber waren sich auch darüber klar, daß die sprichwörtliche Undurchsichtigkeit der Trusts den Kampf gegen ihre Auswüchse sehr erschweren werde. Sie haben aber in dem Kartellgesetz dieser Erkenntnis kaum Rechnung getragen. Die Paragraphen, die sich gegen die Trusts richten, sind so ziemlich ein offenes Eingeständnis der Unmöglichkeit, einen erfolgreichen Kampf gegen diese industriellen Zusammenballungen im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft aufzunehmen. Den Kartellen gegenüber ist die Verordnung durchaus freundlich gesinnt. Sie ist gewissermaßen ein Kartellschutz. Die Regierung hält sie für die Wirtschaft unentbehrlich, wenn sie den Uebergang, in dem wir uns gegenwärtig befinden und dessen Schwierigkeiten sich noch vergrößern werden, glücklich überstehen soll. Außerdem glaubt sie der zunehmenden Vertrustung vorbeugen zu können, wenn sie die Kartelle schützt. Das wäre richtig, wenn die zunehmende Krise die Kartelle ohne weiteres dadurch zerschlagen würde, weil sich die Fabrikanten während der Absatzstockungen von den Kartellbindungen frei machen, die den Absatz hemmen. Die Entwicklung in der Wirtschaft scheint aber andere Wege einschlagen zu wollen. Seit Eintritt der Krise haben wir die Erfahrung gemacht, daß sich zahlreiche schwache Betriebe an große Betriebe anlehnen, um sich während der Krise zu behaupten. Ein übermäßiger Schutz dieser Kartelle und ihrer Zusammenschlüsse kann nur die notwendige Ausscheidung unrentabler Betriebe aus dem Produktionsprozeß verhindern und so wirtschaftsfeindlich wirken. Das Kartellgesetz erreicht so das Gegenteil von dem, was es in Wirklichkeit will. Es scheint, daß nur von einem grundsätzlich sozialistischen Gesichtspunkt aus, der die Vorteile der Großbetriebsform vom Privatbesitzrecht loslöst, die Ueberwindung dieser Form der Unternehmungen möglich sein wird.

## Die Reichsindexziffer

für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamts für Montag, den 5. November auf das 98,5milliardenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (13,47 Milliarden) beträgt demnach 620,5 v. H. Für den Durchschnitt des Monats Oktober berechnet sich die Reichsindexziffer auf das 3657millionenfache gegenüber des 15millionenfachen im Durchschnitt des Monats September. Die Steigerung beträgt somit 24 230 v. H. Die Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung sind im Durchschnitt Oktober auf das 3265millionenfache, die Ernährungskosten allein auf das 4301millionenfache der Vorkriegszeit gestiegen.

**Denkt an das Parteinotopfer!**

# Breslau (Land)-Neumarkt.

**Oswitz.** Gesetzesunkundigkeit und Unfähigkeit sind die Charaktereigenschaften des Gemeindevorstehers in Oswitz. Durch die Drangsalierung und Willkür wurden die Erwerbslosen in eine verzweifelte Lage gebracht. Die Empörung und der Unwille hatte eine Steigerung erfahren, die das Schlimmste befürchten ließen. Es ist nicht das Verdienst des Gemeindevorstehers, daß Oswitz zurzeit vor schweren Exzessen bewahrt wurde. Dank gebührt vor allen Dingen den besonnenen Erwerbslosen und dem Genossen Henschel, der alles tat, um den Erwerbslosen zu ihrem Recht zu verhelfen. Genosse Hermann Müller vom Bezirksvorstand wurde gebeten, in einer stark besuchten Versammlung am 3. November die Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge zu erläutern. In scharfen Umrissen wurden die Rechte und Pflichten gekennzeichnet. Als vorbildlich wurde dabei die Praxis des Magistrats in Breslau vor Augen geführt, wo man Verständnis für die Notlage der Erwerbslosen offenbart, alles daran setzt, um die Not zu lindern durch Vorschußzahlungen, Ausgabe verbilligter Lebensmittel und Kleidung, sowie Zuweisung von Gasmarken oder Barmitteln zur Beschaffung von Spiritus und Petroleum. Bei der Verschuldung des Reiches ist es Aufgabe der Behörden, haushälterisch mit den Unterstützungsgeldern umzugehen. Daraus erwächst den Erwerbslosen die Pflicht, die Bestimmungen zu respektieren, sowie das Augenmerk auf die Parasiten der Erwerbslosenfürsorge zu richten, die skrupellos die Erwerbslosenfürsorge aussaugen zum Schaden der übrigen Erwerbslosen. Härten müssen vermieden, Willkür ausgeschaltet werden. Mit dem Appell an die Versammelten, sich gegenseitig zu achten, mit Rat und Tat zu unterstützen sowie die Arbeiterbewegung zu stärken, schloß Genosse Müller seine beifällig aufgenommenen Ausführungen. Viele Wortmeldungen zeitigten ein Bild, das jeder Beschreibung spottet. Aus der Fülle der Beschwerden sei hervorgehoben, daß der Gemeindevorsteher die Erwerbslosenunterstützung erst nachmittags von 5 bis 7 Uhr auszahle. Die Empfänger sind dadurch in die üble Lage versetzt, erst am nächsten Tage einzukaufen, wo durch die rasende Geldentwertung nur ein geringes Quantum Waren erstanden werden kann. Der Wille des Gesetzgebers wird von diesem Gemeindevorsteher sabotiert. Hohen Respekt hat er vielmehr vor dem steuerscheuen Großgrundbesitzer, dem während des Landarbeiterstreiks Arbeitskräfte vermittelt wurden. „Zum Nutzen des Kapitals — zu Lasten des Proletariats", dies ist der Grundsatz des Gemeindevorstehers, der neuerdings Erwerbslose zur Rübenernte auf dem Dominium verpflichtete. Nach einwöchiger Beschäftigung wurde den Erwerbslosen ein wenig klingender Lohn zuteil, kaum 30 Prozent der ihnen zustehenden Unterstützung. Bedenkt man, daß ein großer Suchenverschleiß mit der Rübenarbeit verbunden ist, so wird man verstehen, daß eine weitere Arbeit bei solch miserabler Bezahlung verweigert wurde. Darob erboste sich der Gemeindevorsteher derart, daß er die Verhaftung der Widerspenstigen anordnete. Glücklicherweise hatte die Ortspolizei die Psyche der Erwerbslosen besser studiert als der Gemeindevorsteher, der eine Abfuhr erlitt. Nunmehr verweigerte der Gemeindevorsteher die Auszahlung der Unterstützung. Viele Unterstützungsempfänger erhielten 15 bis 20 Prozent zu wenig ausbezahlt, ein weiterer Beweis dafür, daß der Gemeindevorsteher nicht fähig ist, die Ausrechnung der Unterstützungssätze vorzunehmen. Maßlose Erbitterung ist die Folge jener verkehrten Gemeindevorsteherlichen Methoden. Eindringlich warnte auch der Genosse Henschel die Versammelten vor Unbesonnenheiten, geplanten Demolierungen des Gemeindebüros und der Geschäfte im Orte, wodurch den Erwerbslosen recht schlecht gedient sei, da dadurch keine Erleichterung geschaffen werde. Genosse Müller beantwortete im Schlußwort alle Fragen, bedauernd, daß der eingeladene Gemeindevorsteher der Versammlung fernblieb. Er wäre aufs tiefste beschämt worden durch die ruhige, besonnene und sachliche Auseinandersetzung in der Versammlung. Gegen den Gemeindevorsteher werden nunmehr die notwendigen Schritte eingeleitet.

# Aus Schlesien.

### Bauern gegen Junker.

In Neustadt OS. hat am 23. Oktober eine von rund 1500 oberschlesischen Bauern besuchte Tagung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Oberschlesische Bauernverein fordert als Einheitssteuer für den Landwirt eine mit der Größe des Besitzes nach oben gestaffelte klare Grundwertsteuer, welche mit Hilfe der Selbsteinschätzung ermittelt wird, die auch als das Beleihungshöchstmaß gilt und als der gerechte Bodenpreis, wo überall Siedlungs- und Heimstättenland gebraucht wird."

Man sieht also, daß die Kleinbauern allmählich lernen, wie sie ihre wahren Interessen wirksam gegen das volksfeindliche Junkertum vertreten können. Für uns ist es höchst erfreulich, wenn auch auf dem Lande die Forderung nach gebührender Besteuerung des Großgrundbesitzes immer energischer erhoben wird.

**Ottendorf** (Kreis Bunzlau). Neue Kohlenfunde. Vorige Woche wurden im zweiten Versuchsschacht des konsolidierten Ottendorfer Steinkohlen-Bergwerks auf der Gemarkung Neuen die Kohlen in zirka 15 Meter Tiefe in guter Beschaffenheit angetroffen. So wie im ersten Versuchsschacht liegt daselbst die Steinkohle flach gelagert, ist ziemlich hart und besitzt hohe Brennfähigkeit. Nach der Analyse, die nach dem ersten Fund im Juni dieses Jahres gemacht wurde, hat die Kohle mehr als sechstausend Wärmeeinheiten und nicht mehr als 3 Prozent Asche gehabt. Sobald die Versuchsarbeiten beendet sind, wird mit der Förderung und mit der Schaffung einer Hauptförderanlage in der Nähe der Chaussee Löwenberg—Sagan begonnen werden.

**Glogau.** Mühlenbrand. Ein riesiges Schadenfeuer wütete in der vergangenen Nacht in Beuthen a. O. Dort war in einem großen Speicher der Obermühle Feuer ausgebrochen, das so schnell um sich griff, daß die Beuthener Feuerwehr und die Feuerwehren der benachbarten Dörfer dem wütenden Element machtlos gegenüberstanden. Infolgedessen wurde die Glogauer Motorspritze angefordert, die mit Automobilen auch schnell an der Brandstelle eintraf. Es gelang aber nicht, das Feuer auf den Speicher zu beschränken. Ein benachbartes Mühlengebäude wurde ebenfalls von den Flammen ergriffen und das Feuer sprang dann auch noch auf die „alte Mühle" über. Erst nach mehrstündiger angestrengter Tätigkeit konnte ein weiteres Umsichgreifen des Feuers verhindert werden. Das Brandunglück machten sich zahlreiche dunkle Elemente zunutze, um aus den Speichern der Mühle große Mengen Getreide und Mehl wegzuschleppen. Der Schaden wird auf mehrere hunderttausend Goldmark berechnet. Nach Lage der Verhältnisse kann nur Brandstiftung angenommen werden.

**Schönau.** Zu den Unruhen in Kauffung stellt der Landrat im Einvernehmen mit dem Führer der Schutzpolizei und dem Leiter des Fabrikarbeiterverbandes fest: 1. daß das Gerücht, bei Haussuchungen seien Maschinengewehre gefunden worden, frei erfunden und unwahr ist; 2. Gerüchte, wonach die Tätigkeit der Schutzpolizei und die weitere Verfolgung der Angelegenheit von irgendwelchen Verwaltungsbehörden des Kreises einseitig beeinflußt würde, sind unsinnig. Die Tätigkeit der Schutzpolizei erfolgt nach den Vorschriften, die diese von der Regierung erhalten hat. Die weitere Verfolgung der Vorkommnisse ist lediglich Sache der Gerichte; 3. keine Privatperson ist berechtigt, das Haus eines anderen zu betreten, um dort nach Waffen zu suchen. Haussuchungen dürfen nur durch von der Behörde ermächtigte Polizeiorgane vorgenommen werden. Privatpersonen, welche sich das Recht hierzu anmaßen, haben strenge Strafen zu erwarten; 4. weder in Kauffung, noch anderswo im Kreise ist das Vorhandensein bewaffneter Hundertschaften festgestellt worden.

# Gewerkschaftsbewegung.

## Der Arbeitsmarkt in Schlesien.

Die Zahl der Erwerbslosen stieg in der Berichtswoche weiter von rund 41 000 auf rund 58 000, während die Zahl der Arbeitsuchenden von rund 70 000 auf rund 85 000 gestiegen ist und die Zahl der gemeldeten offenen Stellen einen weiteren Rückgang auf insgesamt rund 2000 aufwies.

In der Landwirtschaft hat die Nachfrage nach Arbeitskräften erheblich nachgelassen, während das Ueberangebot mehr und mehr steigt. Gelerntes männliches und weibliches Personal konnte in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden. Gutsbeamte, Gärtner und verheiratete Landarbeiter sind nicht unterzubringen.

Im Bergbau konnte der am 26. v. Mts. für Oberschlesien proklamierte Generalstreik durch Arbeitsaufnahme am Montag, den 29. v. Mts. beendigt werden. Bedarf an Arbeitskräften war nicht vorhanden, dasselbe war der Fall im Waldenburger Kohlenrevier. Im Frankensteiner Bezirk haben die dortigen Magnesitwerke der Graf Konstantin Schlabendorfschen Erben in Grochau ihren Betrieb vollständig eingestellt und etwa 120 Arbeitskräfte zur Entlassung gebracht. Ebenso wurden weitere Magnesitgruben in Baumgarten, Grochau und Schobelwitz, Kreis Frankenstein, stillgelegt und die Belegschaft zur Entlassung gebracht. Auf den Braunkohlengruben „Mathilde" in Neustädtel und der „Emmagrube" in Nettschütz, Kreis Freystadt, wird infolge Lohndifferenzen gestreikt.

In der Industrie der Steine und Erden haben die Steingutwerke in Carlowitz bei Breslau den Betrieb jetzt völlig eingestellt und die Restbelegschaft (etwa 70 Mann) zur Entlassung gebracht. Im Habelschwerdter Bezirk hat die Oranienhütte (Glasfabrik) in Seitenberg Kurzarbeit eingeführt. Stillgelegt wurden ferner 2 Glasschleifereien und eine Kunstmarmorfabrik im Hirschberger Kreise.

In der Metallindustrie hält die weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage an. In Breslau fanden weitere Entlassungen in fast allen Betrieben statt. In Reichenbach mußte eine Eisengießerei und Maschinenfabrik stillgelegt und ihre gesamte Belegschaft entlassen werden. Die übrigen Betriebe der Metallindustrie arbeiten verkürzt. Auch in Haynau wurde eine Eisengießerei und Maschinenfabrik stillgelegt und die Arbeitskräfte entlassen.

In der Textilindustrie fanden weitere Stillegungen in Lauban und in Reichenbach statt, die zum Teil zu erheblichen Entlassungen führten. In Goldberg mußte eine Schürzenfabrik stillgelegt werden.

In der Papierindustrie konnte die Geschäftsbücherfabrik Loewenthal in Brieg, Bezirk Breslau, eine größere Anzahl weiblicher Arbeitskräfte (150) neu einstellen, nachdem der Erweiterungsbau vollendet war. Im übrigen ist die Lage in der gesamten Papierindustrie im großen ganzen weiter ungünstig.

In der Lederindustrie fanden bei einer Lederwarenfabrik in Breslau und in Wohlau infolge Betriebseinstellung Entlassungen statt.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe wurden in Breslau zwei größere Möbelfabriken stillgelegt; ebenso entließ ein größeres Sägewerk in Breslau einen Teil der Belegschaft. Entlassungen fanden ferner statt bei einer Möbelfabrik in Haynau, ebenso bei einigen Möbelfabriken in Liegnitz und bei der Hirschberger Holzindustrie. Kurzarbeit hat eine Spanschachtelfabrik in Ebersdorf, Kreis Habelschwerdt, und eine Streichholzfabrik in demselben Kreise eingeführt. Die Wölfelsdorfer Holzwarenfabrik arbeitet wieder voll; es konnten nach dort einige Vermittelungen stattfinden. Die Oelser Möbelfabriken sind wieder voll beschäftigt.

Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe fanden in Breslau in der Tabakindustrie größere Entlassungen bei drei Zigarrenfabriken statt. Geschlossen wurden die Betriebe der Firmen Otto Deter und Erich Dieterle, die gesamte Belegschaft wurde entlassen. Auch in der Schokoladenindustrie fanden in Breslau Entlassungen statt, sowie in Strehlen, wo der dort kürzlich neu eingerichtete Schokoladenbetrieb wieder eingestellt wurde.

Im Bekleidungsgewerbe nimmt die Zahl der erwerblos gewordenen Kleinmeister stark zu. Verkürzungen der Arbeitszeit fanden bei verschiedenen Wäschefabriken in Breslau und in den Konfektions- und Hutfabriken in Liegnitz statt.

In der Gesundheits- und Körperpflege, Reinigungsgewerbe wurden Schließungen von zwei Sanatorien im Hirschberger Kreise beobachtet, die ihr gesamtes Personal entließen.

Im Baugewerbe ruht der Arbeitsmarkt vollständig.

Im Vervielfältigungsgewerbe ist im großen und ganzen die Arbeitsmarktlage unverändert ungünstig. Lediglich in Breslau konnten einige tüchtige Buchdruck-Maschinenmeister und weibliches Hilfspersonal zum Banknotendruck vermittelt werden.

Die Zahl der arbeitsuchenden Hausangestellten überwog bei weitem die Nachfrage.

Für kaufmännische und Büroangestellte sowie Techniker aller Art hält die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage weiter an.

---

## Die Berliner Verhandlungen im Buchdruckgewerbe

haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Vorausbezahlung in dieser Woche von 60 Prozent auf 180 Prozent der Vorwoche erhöht wird.

---

## Lehrlingshöchstzahlen in den Handwerksbetrieben.

Der Minister für Handel und Gewerbe hat auf Grund des § 128 Abs. 2 der R. G. O. angeordnet, daß die Höchstzahl der in den Handwerksbetrieben auszubildenden Lehrlinge nach dem Beschluß der 23. Vollversammlung der Breslauer Handwerkskammer mit einigen Einschränkungen gelten soll.

Die Handwerkskammer gibt dies in ihrem Organ „Schlesiens Handwerk und Gewerbe" vom 3. November bekannt, darnach können die bisher eingestellten Lehrlinge ausgelernt werden.

Neueinstellungen dürfen nur nach den Bestimmungen des Erlasses des Herrn Ministers erfolgen.

Die bisherigen Vorschriften für das Fleischer-, Wurstmacher-, Bäcker- und Friseurgewerbe bleiben bestehen. Diese Gewerbe fallen nicht unter die allgemeine Regelung.

In den handwerksmäßigen Betrieben können nach dem Erlaß ohne Gesellen zwei Lehrlinge beschäftigt werden, wenn die betreffenden Leiter die Befähigung zur Anleitung von Lehrlingen besitzen, sie müssen die Meisterprüfung bestanden haben, sonst dürfen Lehrlinge nicht beschäftigt werden.

Im Tischlerberuf können ohne Gesellen drei Lehrlinge und im Bürsten- und Kammachergewerbe ohne Gesellen ein Lehrling gehalten werden.

Im Elektrotechnischen Gewerbe ein Lehrling und wenn dieser das erste Lehrjahr vollendet hat, kann ein zweiter eingestellt werden.

In fast allen Berufen kommt auf je einen Gesellen ein Lehrling, nur bei den Gerbern auf je fünf Gesellen und bei den Korbmachern auf je zwei Gesellen ein Lehrling.

Die Höchstzahl für die einzelnen Betriebe ist folgendermaßen festgesetzt:

Drei Lehrlinge als Höchstzahl im Glaser-, Müller-, Bürstenmacher-, Bildhauer-, Drechsler-, Böttcher- und Schuhmachergewerbe.

Vier Lehrlinge im Gürtler-, Optiker-, Gold- und Silberschmiede-, Hutmacher-, Uhrmacher-, Photographen- und Korbmachergewerbe.

Fünf Lehrlinge im Buchbinder-, Gerber-, Maler-, Töpfer-, Steinmetz-, Steinsetz-, Sattler-, Tapezierer-, Feilenhauer-, Stellmacher-, Mechaniker- und Metallgießergewerbe.

Sechs Lehrlinge im Tischler-, Schmiede-, Gas- und Wasserinstallateur-, Damenschneiderinnen-, Brauer- und Mälzergewerbe.

Neun Lehrlinge im Klempnergewerbe.

Zehn Lehrlinge im Schlosser-, Büchsenmacher- und im elektrotechnischen Gewerbe.

Dreißig Lehrlinge im Zimmerergewerbe und ohne Beschränkung auf eine Höchstzahl im Maurergewerbe.

Soweit der Erlaß des Preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe.

Endlich ist nach jahrelangem Verhandeln mit den interessierten Kreisen (Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Behörden) ein Weg gefunden, der zwar uns nicht befriedigt, aber doch als gangbar zu bezeichnen ist. Werden zwar hier und dort Mängel auftreten, denn eine sofortige Reduzierung der Lehrlingszahl in den einzelnen Betrieben auf die vorgeschriebene Höchstzahl ist nicht durchzuführen, dann haben die Gesellen-Lehrlingsausschüsse in den Innungen eine wichtige Aufgabe zu erfüllen, um die Umstellung im Lehrlingswesen nach dieser Richtung zu bewirken.

Die Handwerkskammer gibt ja auch bekannt, daß erst bei Neueinstellungen nach diesen Richtlinien zu verfahren ist, das besagt, daß für 1924 nur eine beschränkte Zahl von Lehrlingen in den einzelnen Berufen Aufnahme finden wird. Es gibt in Zukunft keinen Handwerksmeister, der, ohne Gesellen zu beschäftigen, mehr als zwei Lehrlinge halten darf. Nur die Tischlermeister können drei halten.

Im Schlossergewerbe beträgt die Höchstzahl zehn Lehrlinge. Es müssen bei dieser Zahl mindestens acht Gesellen beschäftigt werden.

Im Tischlergewerbe ist die Höchstzahl sechs. Hier müssen drei Gesellen beschäftigt werden. Wo weniger Gesellen vorhanden sind, darf die Höchstzahl von Lehrlingen nicht erreicht werden, weil auf je einen Gesellen (nicht etwa beschäftigten Arbeiter) ein Lehrling zu rechnen ist.

Da der Regierungsbezirk Breslau den Machtbereich der Handwerkskammer bildet, gelten vorstehende Bestimmungen für diesen. Die Gewerkschaftsvorstände in diesem Bezirk mögen von vorstehender Aenderung Kenntnis nehmen und ihre Mitglieder in den Gesellen-Lehrlingsausschüssen davon unterrichten, daß diese den bisherigen Uebelstand abschaffen. Der vorgeschlagene Weg ist gangbar, bedarf aber weiterer Aenderung.

R.

---

## Richtpreise des Nahrungsmittelgroßhandels

### vom 7. November

im Verkehr mit dem Einzelhandel (offiziell festgestellt nach ministeriellen Richtlinien durch die bestellte Notierungskommission). Die Preise verstehen sich in Goldmark für 50 kg ab Lager Breslau.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Gerstengraupen, grob | 19.50—20.50 | Röstkaffee, bill. Misch. | 215,00—230,00 |
| Haferflocken, lose | 21.50—22.50 | Malzkaffee, lose | 23,00—25,00 |
| Weizengrieß | 22.50—23.50 | Röstgetreide, lose | 16,00—17,00 |
| Maisgrieß | 20.50—21.50 | Marmelade, Mehrfr. | 46,00—52,00 |
| Kart.-Stärkemehl pa. | 22.50—23.50 | Kunsthonig | 37,00—40,00 |
| Makkaroni, lose | 43.80—46.90 | Tee, billigste Misch. | 290,00—31[illegible] |
| Schnittnudeln | 32.50—34.50 | Kakaopulver, billigst | 100,00—110,00 |
| Burma-Reis | 23.50—24.50 | Ringäpfel, amerik. | 77,00—82,00 |
| Glas. Tafel-Reis | 30.00—31.00 | Pflaumen, getr. kleine | 32,00—36,00 |
| Grober Bruchreis | 20.00—20.50 | Rosinen | 59,00—62,00 |
| Kleine Erbsen | 29.50—31.50 | Sultaninen, billige | 85,00—92,00 |
| Viktoria-Erbsen | 34.75—37.50 | Mandeln, süß | 125,00—[illegible] |
| Weiße Bohnen | 25.00—26.00 | Pfeffer, schwarz | 95,00—1[illegible] |
| Linsen, kleine | 29.50—36.00 | Pfeffer, weiß | 125,00—1[illegible] |
| Schmalz, amerik. | 98.00—100.00 | Piment | 75,00—80,00 |
| Speck, gesalzen, fett | 99.00—101.00 | Kümmel | 155,00—160,00 |
| Margarine, bill., lose | 59.00—64.00 | Steinspeisesalz | 4,00—4,50 |
| Heringe, norw., je t | 27.50—28.50 | Siedesalz | 6,10—6,15 |
| do. engl., je t bill | 48.50—50.00 | Zündhölzer | 0,25—0,27 |
| Kaffee, Superior, bill. | 160.00—165.00 | Inlandzucker, Raffin. | *27,50—**[illegible] |

*) ab Fabrik. **) ab Breslau

Für den Einzelhandel sind die ortsüblichen genehmigten Aufschläge diesen Preisen hinzuzurechnen, bei Verkauf in Papiermark wird der Umrechnung ein Multiplikator zu Grunde gelegt, der aus dem amtlich notierten Dollarbriefkurs täglich im Verhältnis ein Dollar gleich 4,20 Goldmark errechnet wird.


**Stadttheater.**
Donnerstag 6 Uhr: **Die Meistersinger von Nürnberg.**
Freitag 7½ Uhr: **Fidelio.**
Sonnabend 7 Uhr: **Carmen.**

**Thalia-Theater** Telefon Ring 6700
Täglich 7½ Uhr: **Charley's Tante** mit Ludwig Stössel

**Schauspielhaus.** Operettenbühne. Tel. Ring 2545
Heute und täglich 7½ Uhr: **Des Königs Nachbarin**
Sonntag nachm. 3½ Uhr: **Die Faschingsfee.**

**MARMOR HAUS**
Täglich 7½ Uhr: **Das Filmatelier der Zukunft**
**Raffles** der König der Diebe und weitere Varietéattraktionen.
Benutzen Sie den Vorverkauf. 2873

**Oppenhof**
Endstation der Linie 11.
Heute Donnerstag: **Ball verkehrt.**

**Luna-Park**
Heute Donnerstag **Verkehrter Ball**
Omnibus-Verkehr ab Museumsplatz.
Säle für Festlichkeiten noch zu vergeben.

**Breslauer Konzerthaus**
Gartenstraße. 3022
13., 14., 15. u. 16. Novbr., abds. 8 Uhr,
Filmvorträge Obering. Dreyer, Hannover:
**„Der Oceanfilm"**
Mit Schnellzug und Oceandampfer von Berlin über Bremen nach New York.
Einlagen: Der hervorragende Trickfilm: „Der Betrieb einer Lanz'schen Dreschmaschine". Seemannshumor.
Näheres Anzeigen am 12. und 13. November.
Gelbes Plakat an den Anschlagsäulen.

**FREIE HOCHSCHULE FÜR VOLKSBILDUNG**
Gewerkschaftshaus, kleiner Saal
Sonnabend, den 10. November, abends 7½ Uhr:
**Zweiter indischer Abend**
Indische Fakir-Experimente
von Max Heidrich, Gerh. Böhm und Frau Heidrich, Landeshut:
Feuerschlucken, das lebende Feuerzeug, Feueressen, Feuerspeien; Glasscherbentanz; Folterbrett (Belastung durch 3 Personen aus dem Publikum!)
Psychologische Experimental-Studien
(Telepathie, Suggestion, Hypnose usw.)
von Franz Beier und Erich Kosmale.
Wissenschaftliche Erklärung d. Experimente von Mario Jahnz.
2880 Klassische Musik

**Buchhandlung Volkswacht**
Modernes Antiquariat
Breslau 3 Neue Graupenstraße 5

**Druckerei Volkswacht**
Moderne, zweckmäßige und saubere Ausführung aller Drucksachen
preiswert und bei kürzester Lieferzeit
Breslau 2, Flurstraße 4/6.


## Bekanntmachung

### des Wertes der Natural- und Sachbezüge bei Bemessung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn.

Der Wert der Natural- und sonstigen Sachbezüge für die Bemessung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn wird mit Wirkung vom 1. November d. J. ab bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

I. Wert der freien Station einschließlich freier Wohnung nebst Heizung und Beleuchtung, gleichmäßig für Stadt und Land je Person nach der Festsetzung des Herrn Ministers:

a) für weibliche Hausangestellte, Lehrlinge, Lehrmädchen und sonstige gering bezahlte Arbeitskräfte (z. B. Mägde) sowie jugendliche landwirtschaftliche Arbeiter bis zum Alter von 19 Jahren, monatlich . . . 172 800 000 000 Mk., wöchentlich . . . 39 576 000 000 Mk.,

b) für männliche Hausangestellte, Knechte, männliche und weibliche Gewerbegehilfen und für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen, monatlich . . . 230 400 000 000 Mk., wöchentlich . . . 53 160 000 000 Mk.,

c) für Angestellte höherer Ordnung (z. B. Aerzte, Apotheker, Hauslehrer, Hausdamen, Geschäftsführer, Werkmeister, Gutsinspektoren), monatlich . . . 288 000 000 000 Mk., wöchentlich . . . 66 456 000 000 Mk.,

Freie Station (ohne Wohnung, Heizung und Beleuchtung): ⅘ der unter a—c bezeichneten Sätze.

II. Wegen der Bewertung der Natural- und Sachbezüge im einzelnen wird auf den Anschlag im Finanzamt und an den Gemeindetafeln verwiesen.

Die Bestimmungen zu III und IV der Bekanntmachung vom 2. Oktober 1923 — I 9242 D. G. — bleiben bestehen.

Breslau, den 31. Oktober 1923.

Landesfinanzamt,
Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern. 2063


**Korb-** waren, -möbel, Kindermöbel } fertig. billige Gelegenheitskäufe.
Seibert, Ohlauerstr. 9, Hof II. Kein Laden! 2056

**Parteifreunde** kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die **Volkswacht**

**Alte Frauen** gebrauch. b. Stockungen meine bewährt. Präparate. Schnellste Erfolge. Viele Dankschreiben. Frau Dammann, Breslau, Ohlauer-Stadtgraben 14.

**Käufe**

**Felle** aller Art en gros und en détail kauft zu höchsten Tagespreisen Fell- und Fellhandlung **Rifka Kohn** Breslau, An den Kasernen 5 gegenüber Hauptgericht. Händler und Jäger extra Preise!

**Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen**

**Arbeitsmarkt**
**Zeitungsträgerinnen**
für Scheitniger Straße und Sellhornstraße sofort gesucht.
Mindestlohn 54 Milliarden Mark.
Verlag der „Volkswacht", Flurstr. 4/6.


## Bekanntmachung!

Bei den nächsten Lohn- und Gehaltszahlungen gelangen folgende 100 Milliardenscheine (Notgeld der Reichsbahn), sowie Goldanleihescheine der Deutschen Reichsbahn zur Ausgabe.

### 100 Milliardenschein.

Er hat eine Größe von 70 × 135 mm. Er ist auf goldgelbem Papier mit verschränkten doppellinigen Quadraten als Wasserzeichen gedruckt und trägt auf mattgrün verziertem Untergrund mit eingearbeitetem größeren Stern denselben Wortlaut wie der 20 und 50 Milliardenschein, jedoch mit der Abänderung, daß der Schein bereits vom 1. 12. 1923 ab zur Einlösung aufgerufen werden kann. Als Ausgabetag ist der 27. Oktober 1923 angegeben. Die rechte obere Ecke trägt die Nummer in Rot. Die Rückseite ist unbedruckt.

### 1/10 Dollarschein.

Er hat eine Größe von 8 × 12,5 cm und ist auf einem goldgelben Wasserzeichenpapier mit verschränkten Quadraten gedruckt. Die Vorderseite trägt ein verziertes, über die ganze Fläche gehendes Schleifenmuster in weinroter Farbe; in den Untergrund ist in gleicher Farbe die Ziffer 10 eingearbeitet. In der rechten oberen Ecke, über der schwarzen Umrahmung befindet sich die Wertbezeichnung 0,42 Mark Gold = 1/10 Dollar. Reihenbezeichnung und Text sind schwarz, die Kontrollnummer grün gedruckt. Stempel links unten in Rot. Der Text lautet:

„Deutsche Reichsbahn"
Wertbeständiger Anteilschein
zu den auf Grund des Gesetzes vom 14. August 1923 (Reichsgesetzblatt II, Seite 329, I Seite 777) auszufertigenden
Schatzanweisung des Deutschen Reiches
0,42 Mark Gold gleich Ein Zehntel Dollar.

Der Inhaber dieses Anteilscheines kann gegen dessen Aushändigung nach Aufruf den Umtausch in Schatzanweisungen verlangen.

Berlin, den 23. Oktober 1923.

**Der Reichsverkehrsminister.**
Oeser.

Die Rückseite ist unbedruckt.

### 1/4 Dollarschein.

Er ist, wie der 1/10 Dollarschein, auf goldgelbem Wasserzeichenpapier mit verschränkten doppellinigen Quadraten gedruckt. Die Vorderseite trägt ein verziertes Schleifenmuster in blaugrüner Farbe. In den Untergrund ist die Ziffer 25 eingearbeitet. Reihenfolge und Numerierung ist schwarz, der Stempel links unten rot gedruckt. Der Wortlaut ist, mit Ausnahme der Wertbezeichnung, der gleiche wie beim 1/10 Dollarschein. Ausstellungsdatum ist der 23. Oktober 1923.

### 1/2 Dollarschein.

Er hat, ebenfalls auf goldgelbem Wasserzeichenpapier mit verschränkten Quadraten gedruckt, eine Größe von 8 × 13 cm. Die Vorderseite zeigt ein verziertes Schleifenmuster in graubrauner Farbe mit eingearbeiteter Ziffer 50. Reihenbezeichnung, Numerierung und Stempel wie vor. Der Wortlaut ist, mit Ausnahme der Wertbezeichnung, der gleiche wie beim 1/10 und 1/4 Dollarschein. Als Ausstellungsdatum ist der 23. Oktober 1923 angegeben.

2064


Für die Redaktion verantwortlich: Ernst Zimmer, für die Anzeigen: Max Tockus. — Redaktion: Gräbschnerstr. 46. — Hauptexped.: Flurstr. 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau


Hierzu 1 Beilage

# Breslauer Nachrichten.

Breslau, 8. November.

## Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

**Erweiterter Parteivorstand.** Heute abend 7½ Uhr wichtige Sitzung.

### Wohin trägt man wertbeständiges Geld?

Der weitere Sturz der Papiermark ins Bodenlose muß allen unseren Genossen und Genossinnen besonders zu denken geben. Wir rieten dieser Tage allen Arbeitern, die wertbeständiges Notgeld in die Hände bekommen, es sich nicht abschachern zu lassen, sondern es sich bis zuletzt zu behalten. Wer unseren Rat befolgt hat, darf sich heut gratulieren, denn er hat gestern nichts verloren, während allen anderen gestern durch die Geldentwertung wieder ein Drittel ihres Besitzes aus der Tasche gestohlen wurde. Aber schließlich kommt doch der Tag, wo der Arbeiter sein wertbeständiges Geld irgendwie in Zahlung geben muß, denn um es zu hamstern, ist sein Einkommen zu gering. In solcher Lage führt der rechnende Arbeiter sein wertbeständiges Geld den eigenen Unternehmungen zu, dem Konsumverein „Vorwärts", der „Volkswacht", dem Gewerkschaftshause, man benutze es auch zur Bezahlung seiner Partei- und Gewerkschaftsbeiträge.

Fest und stolz stehen die Mauern unserer eigenen Schöpfungen, aber im Innern herrscht Blutleere. Es fehlt an Betriebskapital, ganz gleich ob man den „Vorwärts", die „Volkswacht" oder das Gewerkschaftshaus zum Vergleich nimmt. Denn die Geldentwertung frißt die Betriebsmittel, und nur ein sehr unvollkommener Trost liegt darin, daß es ringsum fast in der ganzen Wirtschaft nicht anders ist. In der nächsten Zeit wird es riesige Pleiten geben, unsere eigenen Betriebe aber dürfen und werden nicht zugrunde gehen. Was die Breslauer Arbeiterschaft mit ihren Groschen in Jahrzehnten Großes schuf, wird sie auch mit ihren Groschen weiter aufrecht erhalten.

Und nun stelle man sich vor: dem Leser entwertet sich zu Hause das Papiergeld von Tag zu Tag. Er bezahlt die „Volkswacht", ehe aber die Trägerin am folgenden Tage abrechnet, ist die Entwertung weiter fortgeschritten. Nun liegt das Geld vielleicht weitere 24 Stunden im Geldschrank, bevor es zum Ankauf von Papier usw. benutzt werden kann und entwertet sich in dieser Zeit abermals. Nicht anders im Konsumverein „Vorwärts". Auch in dessen Schüben entwertet sich das Geld, bis es zusammengebracht und zum Ankauf neuer Waren benutzt werden kann. Auf diese Weise muß sich naturgemäß die Substanz ständig verringern und sie hat sich verringert.

Wer deshalb in unseren Eigenbetrieben wertbeständiges Geld in Zahlung gibt, hilft diese stützen und erneut fördern. Er schützt sie vor der täglichen Geldentwertung und verhilft ihnen dazu, daß vorteilhafte Einkäufe gemacht werden können. Und darauf kommt es ganz besonders in den nächsten Wochen an, ehe sich das wertbeständige Geld vollkommen durchgesetzt haben wird.

Wir sind weder Kriegs- noch Revolutionsgewinnler. Wir haben nie spekuliert, aber auf unseren rechtmäßigen Vorteil müssen wir alle wohlbedacht sein.

### Muß man die „Volkswacht" lesen?

Gesetzlich vorgeschrieben ist es nicht, aber jeder aufgeklärte Arbeiter weiß ohne weiteres, daß man die „Volkswacht" lesen muß. Der Angestellte und der Beamte wissen es ebenso, denn wer da will, daß die Belange der werktätigen Bevölkerung wahrgenommen werden, der muß dafür sorgen helfen, daß das Blatt, das zu dieser Wahrnehmung berufen und gegründet ist, weitgehendsten Einfluß gewinnt. Indirekt verpflichtet aber auch das Gesetz zum Lesen der „Volkswacht", denn § 276 des Bürgerlichen Gesetzbuchs lautet:

**Fahrlässig handelt, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer acht läßt.**

Da nun heute die obrigkeitlichen Verfügungen nicht mehr ausgeklingelt, sondern in der Presse veröffentlicht werden, läuft jeder Gefahr, aus Gesetzesunkenntnis bestraft zu werden, wenn er die „Volkswacht" nicht liest. Aber auch anderer Schaden droht ihm. Wieviel Unannehmlichkeiten begegnet nicht alltäglich derjenige, der hinsichtlich der Preise nicht unterrichtet ist. Oft schafft das Lesen einer einzigen Zeitungsnotiz mehr Nutzen, als der Zeitungspreis für die ganze Woche beträgt. Auch aus den Anzeigen der Kaufleute im Inseratenteil vermag der Zeitungsleser Vorteil zu ziehen, da sich ihm hier die vorteilhaftesten Bezugsquellen erschließen. Und die Handelswelt, die auf die Arbeiterkundschaft angewiesen ist, wird bald wieder stärker annoncieren, da sie unter einer festen Währung auch am Umsatz wieder stärker interessiert ist.

Und schließlich ist es doch gerade nicht angenehm, überall unter seinesgleichen als unwissender Dummkopf aufzufallen. Das passiert aber jedem Lohn- und Gehaltsempfänger unweigerlich, wenn er die „Volkswacht" auch nur acht Tage nicht liest. Deshalb muß man die „Volkswacht" unbedingt lesen.

### Wer ist schuld daran,

wenn heute Millionen von Menschen den letzten Bissen trockenen Brotes hinunterwürgen, wenn Hunderttausende von Menschen in naßkalten Kellerlöchern verrecken, Millionen von Menschen sich ihre abgerissenen Kleider und Schuhe nicht mehr erneuern können, wenn Abertausende von Kriegskrüppeln, Kriegerhinterbliebenen, Kindern und Greisen dem Hungertode nahe sind, wenn 80 Prozent des ehemaligen Mittelstandes, der einst die Stütze des Monarchismus war, dem Proletariat, den Enterbten, eingereiht wird usw.?

Schuld daran ist die kapitalistische Internationale, die den größten Gewinn aus dem von ihr verschuldeten Weltkriege gezogen hat. Schuld daran ist der monarchistische Deserteur, der heute in Holland von deutschen Steuergroschen herrlich und in Freuden lebt und der das Volk ja „herrlichen Zeiten" entgegengeführt hat. Mit ihm sind schuld an dem namenlosen Unglück jene „siegreichen" Generale und Heerführer, die heute in ihrem Größenwahn mit republikanischer Pension zu einem Bürgerkriege rüsten, um die Arbeiterklasse zu vernichten und sich zu diesem Zwecke der mindermertigsten Gestalten, die je ein Volk hervorbringen kann, bedienen. Schuld an allem Elend ist vor allem die deutsche Landwirtschaft, die seit Jahren Millionen von Zentnern Getreide und Kartoffeln verfaulen läßt, ehe sie dieselben zu erschwinglichen Preisen dem Volke als Nahrungsmittel zuführt. In allen Dörfern wohnen diese Feinde des Volkes, die sich heute jeden Luxus leisten können. Schuld an der großen Not des Volkes ist vor allem auch das Schieber- und Spekulantentum, das die ohnehin schon sehr teuren Bedarfsartikel noch mehr verteuert und auf Kosten des ausgepowerten Volkes ein prunkvolles Leben führt, sich Autos kaufen, die größten Wohnungen bewohnen können, während Tausende von Menschen nicht wissen, wo sie schlafen sollen. Schuld vor allem ist die kapitalistisch-bürgerliche Zeitung, Stinnes- oder General-Anzeiger-Presse, die das Volk absichtlich irre führt, um so dem Kapital die größten Gewinne zuzuführen. Zu all diesen schweren, wirtschaftlichen Nöten kommt noch die Gefahr eines Bürgerkrieges, wiederum angezettelt von der Schwerindustrie und Landwirtschaft, von den Faschisten und sonstigen dunklen Gestalten und kleinen Gernegroßen. Noch steht der Koloß Proletariat, der all die Enterbten, Hand- und Kopfarbeiter, Angestellten und Beamten, Kriegsopfer und Greise, den ehemaligen kleinbürgerlichen Mittelstand umfaßt, still beiseite. Aber wehe, wenn er alle seine körperlichen und geistigen Kräfte konzentriert und zur Abwehr aller Ränke schreitet. Dann wird so mancher schöne Traum des heutigen modernen Raubrittertums, und so mancher Raubritter und Bandit selbst mitsamt seinem geplünderten Gut unter die Räder einer gerechten Rache kommen. Darum, Proletarier, schenkt mehr denn je der Arbeiterpresse, der „Volkswacht", Beachtung! Haltet Euer Kampforgan hoch, denn nur dadurch kann der endgültige Sieg der Arbeiterklasse errungen werden!

### Kurstabelle des wertbeständigen Notgeldes für Schlesien

**am 7. November.**

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Mark | 0,20 | = | Mark | 30 000 000 000 |
| „ | 0,50 | = | „ | 75 000 000 000 |
| „ | 1,— | = | „ | 150 000 000 000 |
| „ | 2,— | = | „ | 300 000 000 000 |
| „ | 3,— | = | „ | 450 000 000 000 |
| „ | 4,— | = | „ | 600 000 000 000 |
| „ | 5,— | = | „ | 750 000 000 000 |
| „ | 6,— | = | „ | 900 000 000 000 |
| „ | 7,— | = | „ | 1 050 000 000 000 |
| „ | 8,— | = | „ | 1 200 000 000 000 |
| „ | 9,— | = | „ | 1 350 000 000 000 |
| „ | 10,— | = | „ | 1 500 000 000 000 |

Kurs der Goldanleihe: 630 000 000 000 Mark.

### Ein Brot 120 Milliarden.

Statt herunter, geht der Brotpreis täglich noch weiter hinauf. Von heut ab hat die Arbeitsgemeinschaft der brotherstellenden Betriebe die Preise für Backwaren wie folgt erhöht: 1 Pfund helles Brot 30 Milliarden, das Vierpfundbrot 120 Milliarden, 1 Pfund dunkles Brot 27 Milliarden, das Vierpfundbrot 108 Milliarden.

Wo die Schuld für diese Preisentwickelung liegt, haben wir erst gestern ausführlich dargelegt. Sie liegt in der Hauptsache bei den Agrariern und den Getreidehändlern. Die Regierung muß nun zeigen, ob sie diesem Treiben gegenüber machtlos ist, das eine Gefahr für jede Gesundung unserer Wirtschaft darstellt.

# REVOLUTIONS-GEDENK-FEIER

**Freitag, den 9. November 1923, abends 7½ Uhr**

im großen Saale des Gewerkschaftshauses

*

**Gedächtnisrede**

**Sängerchöre · Rezitationen**

Mitwirkende:

Arbeiter-Gesangvereine „Frohsinn" und „Freiheit"

*

Eintrittspreise:

Parteimitglieder 5 Milliarden Mark, Nichtmitglieder 10 Milliarden Mark
Arbeitslose Parteimitglieder frei.

*

**Parteigenossinnen und Genossen!**
**Sorgt durch rege Agitation für Massenbesuch!**

### Bis Freitag abend

halten wir trotz der inzwischen eingetretenen starken Entwertung den Papiergeldpreis der „Volkswacht" mit

**40 Milliarden**

aufrecht. Wir tun es mit Rücksicht darauf, daß es sicher die Aermsten unter unseren Genossen und Genossinnen sind, die den Preis für diese Woche noch nicht beglichen haben. In der nächsten Woche aber wird es uns unmöglich sein, an irgend einem Papiergeldpreis bis über Mittwoch hinaus festzuhalten. Wie billig die „Volkswacht" ist, zeigt der Umstand, daß unser Liegnitzer Parteiblatt, das nicht im eigenen Betriebe hergestellt wird, den gemeldeten Preis von 45 Goldpfennigen nicht halten konnte, sondern 50 Goldpfennige verlangen mußte, während der Preis der „Volkswacht" auf 40 Goldpfennige festgesetzt worden ist.

**Arbeiterkinderfreunde.** Donnerstag, ½7 Uhr, treffen wir uns Helfer zum Kursus Montissori-Dr. Lewy. Anschließend: Unsere Weihnachtsfeiern.

* **Ueber den Wert der Natural- und Sachbezüge bei Bemessung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn** befindet sich im Anzeigenteil eine Bekanntmachung des Landesfinanzamts.

* **Volksbund für Neue Erziehung.** Sonnabend, den 10. d. M., abend 8 Uhr, im Goldenen Zepter, Vortrag des Gen. Dr. Ganzenmüller „Das Schulwesen der ukrainischen Räterepublik".

* **„Wertbeständiges Geld als Schacherobjekt".** Zu dieser halbamtlichen Mitteilung, die auch von uns dieser Tage veröffentlicht wurde, schreibt uns die Breslauer Handelskammer, es sei nicht richtig gewesen, daß ein Goldpfennig am 6. November 1923 nicht weniger als 3,7 Milliarden Papiermark war. Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist für die Umrechnung der Goldmark in Papiermark der amtliche Berliner Dollarkurs maßgebend, der am 6. November ca. 420 Milliarden Mark für den Dollar betrug, so daß ein Goldpfennig gleich 1 Milliarde Papiermark entsprach, wie auch aus den täglich veröffentlichten Tabellen der Kommunalbank für Schlesien zu entnehmen war.

* **Liebich-Theater.** Der Spielplan dieser Spezialitätenbühne weist in erster Linie den Namen Ernesto Bellini auf, eines Gedankenlesers, dem man die Bezeichnung telepathisches Phänomen gibt. Indessen erinnern wir uns, bereits Vertretern dieses Faches begegnet zu sein, die sich ihren Aufgaben nicht minder sicher und schnell entledigten, wie es Bellini tat, dessen Experimente, wo wir ihn zu sehen Gelegenheit hatten, nichts sonderlich kompliziertes boten, wenngleich sie auch mit großer Schnelligkeit und ohne langes Zögern ausgeführt wurden. In Breslau wieder eingekehrt ist der Lodesfahrer Mauß, der ein senkrecht rotierendes Riesenrad auf dem Zweirad in rasender Schnelligkeit durchfährt — Nervenkitzel für das Publikum. Die drei Appalonas sind Kraftturner, die auf dem sehr abgegrasten Gebiet der Kraftequilibristik mit einigen Neuheiten aufwarten, im übrigen durch die Sicherheit und Eleganz ihrer Arbeit, die vorwiedend in Handständen besteht, brillieren. Prachtleistungen sind Graciella's Dressuren tropischer Vögel und der bilderstehende Hund Milly Tappels leistet gleichfalls der Förderung des guten Eindrucks dieser Nummer Hervorragendes. Paxton Revés Lichtvisionen mit Hilfe der Kamera sind neuartig und in gleicher Schönheit hier noch nicht gezeigt. Mit dem Opernsänger Sigmund Hecker, den die Opernbühne mit dem Varieté vertauschte, treffen wir auf einen alten Bekannten. Daß jedes Liebichprogramm ein Ballet aufweist, gehört wohl zur Tradition dieses Etablissements. Diesmals stellt sich Claudia Issatschenko mit 4 Kolleginnen in vornehmlich orientalischen Tänzen vor, deren Eigenart durch dieses Ensemble anerkennenswerte Gestaltung erfährt. Mit dem drastischen Komiker Paul Goldler und dem Burleske-Akt Bert Shipp & O'Neil findet der November-Spielplan seine ansprechende Abrundung.

* **Die Schußwaffen,** die zufolge der Verordnung des Militärbefehlshabers abzugeben sind, werden im Polizeipräsidium, Ursuliner Straße, Zimmer 35, im 2. Stock, in Empfang genommen. Für den Fall, daß die Waffen dem Besitzer späterhin wieder ausgehändigt werden dürfen oder müssen, wird dringend empfohlen, die Waffen gehörig zu bezetteln oder mit Schildern zu versehen, um ein Verwechseln zu vermeiden. Außer Vor- und Zunamen des Besitzers sind auch Stand und Wohnung anzugeben.

* **Der Ozeanfilm.** Am 13., 14., 15. und 16. November gelangt der von Herrn Oberingenieur Dreyer-Hannover in vielen deutschen Städten mit großem Erfolg veranstaltete Filmvortrag: „Der Ozeanfilm" im Breslauer Konzerthaus zur Vorführung. Näheres siehe Anzeige in dieser Zeitung sowie Anschlagsäulen.

* **Amtlicher Wetterbericht.** Die kalten Luftmassen dringen nunmehr langsam von Nordwesten auf das Festland vor. Wir müssen daher mit weiterer Temperaturabnahme und einzelnen Schauern rechnen. — Donnerstag: Wechselnde Bewölkung, geringe Niederschläge, sehr kühl, bei nächtlicher Aufheiterung Frost.

* **Festnahme wegen Devisenhandels.** Ein Kaufmann, ein Gutsbesitzer, ein Reisender und ein Bürobeamter wurden vor der Wechselstube von Arndt wegen dringenden Verdachts des Devisenhandels festgenommen. In ihrem Besitz befanden sich tschechische und österreichische Kronen und Dollarscheine.

* **Gasvergiftung.** Die 75jährige ledige Anna Schley, Leuthenstraße 72 wohnhaft, wurde als Leiche aufgefunden. Es liegt Gasvergiftung vor. Sie hat sich wahrscheinlich aus Nahrungssorgen entleibt.

## Vereinskalender.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.** Gold- und Silberarbeiter: Donnerstag, den 8. November, nachmittags 5 Uhr, Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses, Versammlung.

## Stadttheater.

### Tanzabend Karen Zabel.

Der Tanz als Kunst weist heut eine bereits stattliche Reihe von namentlich weiblichen Vermittlern auf, die mehr oder minder beachtliches leisten und je nach Art, Eignung, auch das „Können" hierbei ist von Belang, entweder das traumhafte Milieu bevorzugen, die bebende Innerlichkeit sind und feinste Saiten berühren, oder aber dem Ekstatischen, Grellen zuneigen in der richtigen (wenn auch nicht künstlerischen) Voraussetzung, daß Ausdrucksheftigkeit immer „wirkungsvoll" bleibt. Warum? Weil hier fast niemand die sachliche Qualität des Tanzes würdigt.

Karen Zabel vermeidet leicht zu erobernde Wirkungen. Wenn man von einer Vollkunst auf dem Gebiet des Tanzes bereits sprechen darf, dann ist sie deren berufene Vertreterin. Zum mindesten sehen wir an ihr das Entscheidende: Tanz wird Vollkunst. Wird formklar gleich Gemälden und Sinfonien. Und gerade bei ihr brauchen wir, im Hinblick auf die beiden Extreme in der Tanzkunst, nicht daran zu erinnern, daß neben Elektra auch Mozartsche Kammermusik Kunst bedeutet.

Was es tänzerisch von innen her noch zu erobern gibt, hat man zu sehen bei Karen Zabel die Möglichkeit. Sie tanzt Chopin, Brahms, Beethoven, Schubert u. a. Die Frage nach starker Innerlichkeit ihrer Kunst muß man bejaen. Nicht übermäßig reich an Grundgebärden trägt sich ihr Tanz. Aber es ist bewunderungswürdig wie ihr Mienenspiel, das ganz innerhalb des Tanzausdrucksreiches bleibt, im Tanz und mit ihm ein Ganzes werden. Wenn sie schwingungsvollere Saiten berührt, etwa bei den Walzermotiven Schuberts, strahlt und klingelt sie in bezaubernder Fröhlichkeit. Die Ruhe des künstlerisch absolut Fertigen liegt über ihren Schöpfungen und läßt der Kritik keinen Spielraum. So bietet sie die Möglichkeit, Tanzkultur nicht nur zu beobachten, sondern zu studieren. Als ihre wertvolle künstlerische Helferin für diesen Abend sei die neunjährige Lotte Buschbaum, eine Meisterschülerin Karen Zabels von bisher kaum beobachteter Qualität, genannt. Ihre rythmische Sicherheit machte erstaunen.

Das nicht übermäßig stark besetzte Haus dankte stürmisch für den genußreichen Abend. Z.

### „Cosi fan tutte."

Wenn stärker als der Mozart des revolutionären, textlich und musikalisch von Rosenow-Stimmung erfüllten „Figaro" und des dämonischen „Don Giovanni" im Volksbewußtsein Mozart als der eigentliche Vertreter der idyllischen Anmut des 18. Jahrhunderts in der Musik fortlebt, so müßte eigentlich „Cosi fan tutte" Mozarts beliebtestes Bühnenwerk sein. Tatsächlich ist aber die Grazie dieser Musik, deren Hauptreiz in dem leichten Aufbau der wechselnden Zusammenstellung der Vokalstimmen liegt, viel zu zart und viel zu eng an die gesellschaftliche Kultur des „ancien régime" gebunden, um populär zu werden.

Die Breslauer Neuaufführung, die sich an die bewährte Münchener Bearbeitung Hermann Levis mit ihrn Secco-Rezitativen anlehnt, ohne gleichzeitig die theatralischen Schwächen der meist damit verbundenen Possartschen Inszenierung zu übernehmen, brachte diese dramatischen und musikalischen Feinheiten mit einer liebevollen Treue heraus, die gerade in der gegenwärtigen Zeit besonders achtbar ist. Leider wurde sie in der Erstaufführung nur durch schwachen Besuch geehrt. Neben der musikalischen Leitung Mehlichs verdient diesmal die Inszenierung Dr. Schramms für ihre Berücksichtigung der besten neueren Anregungen zur Mozart-Aufführung besondere Anerkennung. Die beiden weiblichen Hauptrollen waren bei den Damen Dänicke und Heidersbach musikalisch gut aufgehoben, während ihre beiden gesanglich ebenso tüchtigen Gegenspieler Rudow und Witt sich auch schauspielerisch allzu stark hervorzutun suchten. Ganz auf der Höhe standen Wilhelmi und Elli Mirkow in den beiden Vermittlerrollen. B.

### Das zweite Orchester-Konzert

das der Bildungsausschuß am Mittwoch im Gewerkschaftshause veranstaltete, war Haydn und Mozart gewidmet. Das Prunkstück des Abends stand mit Haydns G-dur-Sinfonie (mit dem Paukenschlag) gleich an der Spitze des Programms. Das Werk quillt über in Lebensbejahung. Kapellmeister Hermann Pohr wußte es prächtig zu gestalten und insbesondere wurden die Variationen des zweiten Satzes reizvoll herausgearbeitet. Es folgte die anmutige und duftumwobene Serenade für Streichorchester, ebenfalls von Haydn, und dann im zweiten Teile Mozarts kleine Nachtmusik, ein Werk von bestrickender Romantik, aus dem sich ein sehr hübsches Geigenmotiv leicht für immer einprägt. Den Schluß bildete Mozarts mit feinem Spott und Humor gewürzte C-dur-Sinfonie (Jupiter), deren Instrumentierung bereits leicht ins „moderne" herüberneigt. Alle Steigerungen und Höhepunkte und die zahlreichen dynamischen Effekte wurden mit unaufdringlichem Geschick wiedergegeben, doch während sich Haydns G-dur-Sinfonie in unseren Konzerten rasch Bekannte erworben hat, werden sich die Schönheiten des letzteren Werkes erst nach mehrmaliger Wiederholung voll erschließen. Nur einen Mangel wies der Abend auf, das Fehlen eines Programms, das der Not gehorchend, nicht mehr besonders gedruckt, sondern vorher nur unter „Volkswacht" veröffentlicht werden konnte. Eine Anzahl Besucher verließen nach der ersten Sinfonie bereits ihren Platz, in dem Glauben, daß bereits Pause sei, was den weiteren Fortgang des Konzerts kurze Zeit beeinträchtigte. D.

# Sozialistische Literatur-Rundschau

## Zur Frage Christentum und Sozialismus.*)

Ueber das Verhältnis von Sozialismus und Christentum herrschen bekanntlich in der sozialistischen Bewegung selbst verschiedene Ansichten. Verschwunden ist erfreulicherweise weitgehend die falsche Einstellung, die die herrschenden Kreise der Kirchen mit der christlichen Lehre gleichsetzte und der Sozialdemokratie daher die Aufgabe zuweisen wollte, die christliche Religion zu bekämpfen. Der Satz, daß Religion für die Partei Privatsache ist, steht nicht nur seit mehr als drei Jahrzehnten im Programm der Partei, er hat sich auch in der Praxis der Arbeiterbewegung immer mehr durchgesetzt. In den letzten großen Programmdebatten vor dem Görlitzer Parteitag der früheren Mehrheitspartei kam dabei mit besonderer Deutlichkeit zum Ausdruck, daß es sich nicht etwa nur um einen taktischen Grundsatz bei dieser Programmformel handelt, sondern daß die Unabhängigkeit der Religion von Partei und vom Staat auf einer positiven Anschauung vom Wesen des Religiösen beruht, das mit Machtkämpfen und Zwangsorganisation nicht vermischt werden kann, ohne eigenen Schaden zu leiden.

Dieser langsam gewachsenen, aber gerade darum heute fest verankerten Einstellung unserer Bewegung zur religiösen Frage ist die Umstellung wenigstens eines Teiles der berufenen Vertreter des Christentums zur sozialistischen Bewegung vorangegangen. Mag noch heute in vielen hunderten deutscher Kirchen die Sozialdemokratie von der Kanzel herab im Interesse der besitzenden Klassen als glaubensfeindlich verleumdet werden, mag im Kriege die Mehrzahl aller Geistlichen die Kriegspolitik der Imperialisten und Annexionisten gesegnet haben — auch die Gegenbewegung im kirchlichen Lager ist gleichzeitig immer stärker angeschwollen, die heute bereits eine ganze Anzahl von evangelischen Geistlichen zu aktiven Vorkämpfern unserer Partei gemacht hat. Eins der ersten und wichtigsten Zeugnisse dieser Umstellung auf kirchlicher Seite wird jetzt einem breiteren Kreise in dem vorliegenden Aufsatzband des bedeutendsten Dogmatikers der liberal-protestantischen Richtung wieder zugänglich gemacht. Es ist Wilhelm Herrmanns Vortrag „Religion und Sozialdemokratie" auf dem zweiten evangelisch-sozialen Kongreß (1891). Im Gegensatz zu den damaligen Bemühungen Stoeckers, aus dem Christentum eine Waffe gegen den Sozialismus zu schmieden, wird hier eine Reihe von Anklagen der Sozialdemokratie gegen die bürgerliche Gesellschaft ehrlich bejaht und dabei mit großer Hochachtung von den Weltanschauungskämpfen der sozialistischen Arbeiter gesprochen. Die Darlegungen Herrmanns sind insoweit überholt, als sie eine Gleichsetzung der ökonomischen Geschichtsauffassung mit einer naturwissenschaftlichen materialistischen Weltanschauung enthalten. Es ist gerade in den Spalten der „Volkswacht" in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen worden, wie falsch diese Gleichsetzung ist und wie wenig die Begründung der wirtschaftlichen Forderungen der Sozialdemokratie auf solchem materialistischen Naturalismus beruht, der bekanntlich auch Marx und Engels, die in Hegels Schule gegangen waren, ganz fern gelegen hat. Aber es ist sicher richtig, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft um 1890, als dieser Vortrag gehalten wurde, grob naturalistisch dachte und sich den Ablauf des Weltgeschehens gewissermaßen als das Funktionieren eines Automaten vorstellte. Was Herrmann dieser Vorstellung entgegenhält, — daß unsere innere Erfahrung dem widerspricht — ist tief und klar. Heute finden wir solche Vorstellungen eher in den Kreisen der Besitzenden, wie ja zum Beispiel Modebücher wie die von Spengler ganz von solchen philosophisch-primitiven naturalistischen Vorstellungen — nur mit dem umgekehrten Stimmungsvorzeichen des Pessimismus — erfüllt sind.

Sind die sozialistischen Arbeiter aber darum etwa den Lehren des Christentums, und sei es in der philosophisch geklärten Form, der liberalen Theologie nähergerückt? Ist die Predigt der christlichen Liebe mit der Forderung des Klassenkampfes — auch des Klassenkampfes im organisatorischen Sinn des Wortes ohne die Heugabelmethoden des Bürgerkrieges — zu vereinigen? Auch diese Fragen wirft der christliche Dogmatiker mit voller Schärfe auf. Hier werden sich die Geister trennen. Immer wieder haben historische Arbeiten, wie Kautskys „Ursprung des Christentums" auch die urchristliche Bewegung zu einer proletarischen Klassenbewegung umdeuten wollen. Schärferblickende Historiker haben auch im sozialistischen Lager selbst sofort widersprochen. Gerade der beste Kenner der Altertumsgeschichte unter den deutschen sozialistischen Historikern, Ludo Hartmann, hat (in seiner Schrift „Christentum und Sozialismus") den unpolitischen Charakter des Christentums in Uebereinstimmung mit Historikern wie Harnack und Troeltsch bestätigt. Praktisch haben die Versuche aus der urchristlichen Lehre Grundsätze moderner Sozialpolitik abzuleiten, zu unauflöslichen inneren Konflikten geführt, an denen diejenigen, die es am ehrlichsten meinten, zugrunde gingen wie Tolstoi.

Die Gleichsetzung von Sozialismus und Christentum ist also theoretisch und praktisch zweifellos mißlungen. Die reine urchristliche Lehre von der Ueberwindung alles Uebels durch die Liebe trägt einen so ganz auf das Jenseits eingestellten Charakter, daß sie mit dem sozialistischen Klassenkampf ebensowenig vereinbar ist, wie mit jeder anderen Richtung politischen Machtkampfes. Wie weit Kompromisse möglich sind, ist heute im Uebergangs-Stadium der Weltanschauungen Privatsache im tiefsten Sinne, ist Gewissenssache geworden. Diejenigen, die das den Armen gepredigte Evangelium mit der Verteidigung irdischen Mammons vereinbaren können, machen sich ihre Lage sehr leicht. Wer es ehrlich mit sich selbst meint, wird es schwerer haben, zumal es heute keinen ernsthaften Versuch einer ethischen Güterlehre, sei es von den Positionen des Christentums, sei es von denen des Sozialismus aus, gibt. Die wichtigsten der Aufsätze des vorliegenden Bandes sind ein Zeugnis dafür, daß es wenigstens einen [illegible] Zusammenhang wissenschaftlich geklärter [illegible] Glaubenssätze heute noch gibt, daß das Christentum [illegible] Stimmungsnachklang vergangener Ereignisse ist. So wird ein Buch, wie das vorliegende, ein starker Anreger auch für religiös und philosophisch interessierte Arbeiter sein können, wenn es ihnen auch nur in wenigen Fragen endgültige Antworten geben kann. E.

*) Wilhelm Herrmann, „Gesammelte Aufsätze." Tübingen [illegible] Verlag. V + 494 S.

## „Von Ziel und Wegen der Volkshochschule".

Schriften der Volkshochschule Breslau; Nr. 1 herausgegeben von [illegible]. ([illegible] Verlag, Breslau und Oppeln.)

Es ist eine schwierige Aufgabe, als Außenstehender über eine Schrift zu sprechen, die in erster Linie als Zeugnis eines [illegible] Erlebens und Wirkens eines bestimmten Menschenkreises in der [illegible] genommen werden will. Und doch fordern die Herausgeber ein solches Urteil heraus, da sie ja die Schrift der breiten Oeffentlichkeit übergeben. Es scheint mir deshalb hier weniger auf eine Würdigung des sachlichen Gehalts der in dieser Schrift gesammelten Vorträge anzukommen, als auf die Tatsache, daß und in welchem Kreise sie gehalten wurden, und darauf wie sie pädagogisch aufgebaut sind. Als Dokumente für die Art, wie in der Volkshochschule Breslau versucht wurde, die ganze Volkshochschule zu einer umfassenden Gemeinschaft zusammenzuschließen, ist diese Schrift von hohem Wert, denn allzu wenig ist noch gerade die Einsicht verbreitet, daß hierdurch erst die Volkshochschule ihre volle Wirkung entfalten kann und allzu selten gelingt er, wo der Versuch überhaupt gemacht und seine Notwendigkeit erkannt wird. Und doch ist es ganz richtig; erst wenn die einzelnen Kurse und Arbeitsgemeinschaften zu einer solchen Gesamtgemeinschaft der Arbeit aller Glieder der Volkshochschule sich vereinigen, kann sich der der Volkshochschule zugrunde liegende Gemeinschaftsgedanke voll auswirken. Zwar kennen viele Volkshochschulen die Einrichtung der Volkshochschulgemeinde, aber nur in ganz seltenen Fällen ist es bisher gelungen, ihnen Leben einzuhauchen. Wenn man sich in Breslau hierum so entschieden bemüht, so ist das hohen Lobes wert

Dem gegenüber verschlägt es wenig, daß die Vorträge selbst in ihrem Gedankeninhalt nicht über längst Bekanntes hinauskommen mit einer Ausnahme, nämlich dem Vortrage von Dr. Marck über die „Bedeutung und Grenzen des intellektuellen Moments in der Volkshochschule", in dem in sehr feinsinniger Weise dem gerade in den Volkshochschulen grassierenden Schlagwort vom Intellektualismus unserer Zeit, sowie der Erlebnispsychose zu Leibe gegangen wird, ohne daß deshalb das Berechtigte an der Erlebnisphilosophie verkannt würde. Andere Beiträge sind leider flache, so vor allem die Darlegung des Problems der Willensfreiheit im ersten Vortrag, wie denn auch das dort über das Problem der Bildung Gesagte größeren Ansprüchen kaum genügen dürfte. Auch das im dritten Vortrag über das Volk Gesagte bietet sachlich nichts Neues.

Einen ganz richtigen pädagogischen Instinkt bewies man dagegen in der Breslauer Volkshochschule bei der Auswahl der Themen für diese Gemeinschaftsarbeit. Es ist klar, daß das nächstliegende Thema für die Zusammenkünfte der Volkshochschulgemeinde die Problematik der Volkshochschularbeit selbst ist. Die Aussprache über diese Probleme wird den Beteiligten ihre Zusammengehörigkeit zunächst am stärksten erleben lassen. Und was das Volkshochschulpädagogische im engeren Sinne angeht, so enthalten die Vorträge auch manches Vorzügliche. Besonders hat mich gefreut, daß Walter Vogt im vierten Vortrag über „Die Volkshochschule und die Werte" so entschlossen sich gegen eine falsche Neutralität der Lehrer wendet und von ihnen im Volkshochschulunterricht stets ein offenes Bekenntnis zu ihren Wertungen verlangt, eine Freude, die noch gesteigert wird dadurch, daß dies Verlangen auch in die Richtlinien der Volkshochschule Breslau für die Lehrer aufgenommen ist. Wie denn meines Erachtens diese Richtlinien für Schüler und für Lehrer vorzüglich sind und den gehaltvollsten Abschnitt der Schrift darstellen.

Zum Schluß sei noch betont, daß die Vorträge durchweg lebendig und frisch geschrieben sind und sich taktvoll und geschickt dem Bildungsgrad ihrer Hörer anzupassen verstehen. Nur scheint mir darunter bisweilen die begriffliche Präzision und die Tiefe des Gedankengangs etwas gelitten zu haben. Volkshochschulpädagogisch macht die Schrift einen ausgezeichneten Eindruck. Soweit man nach dieser Schrift urteilen kann, scheint mir die Volkshochschule Breslau auf dem richtigen Wege zu sein.

Albert Kranold (Jena).

## Buchbesprechungen.

**Gerhard Danziger und Siegfried Kawerau,** Jugendnot. Vorträge, gehalten auf der IX. öffentlichen Tagung des Bundes entschiedener Schulreformer im Neuen Rathaus von Berlin-Schöneberg am 1., 2. und 3. Oktober 1922. (Ernst Oldenbourg Verlag, Leipzig. 163 S.)

Nachdem bereits die „Neue Erziehung" (4. Jahrg. 1922, Heft 10) die Beiträge der Redner jener Tagung mitgeteilt hatte, gibt jetzt das nunmehr erschienene obengenannte Werk sämtliche Referate in vollem Umfange wieder. Wie in jedem Sammelwerk, so sind natürlich auch hier die einzelnen Beiträge der verschiedenen Mitarbeiter — es sind insgesamt 14 an der Zahl — von verschiedenem Rang; es muß jedoch ausdrücklich betont werden, daß die überwiegende Mehrzahl von ihnen auf sehr beträchtlicher Höhe steht. So bieten die juristischen Ausführungen von Gerhard Danziger und Walter Friedländer dem Pädagogen wertvolle Aufschlüsse über die Stellung der Jugend im geltenden Recht und die tastenden Versuche einer Neugestaltung des Jugendrechts, wie sie insbesondere durch das demnächst in Kraft tretende Reichsjugendwohlfahrtsgesetz angebahnt wird. Siegfried Kawerau, Toni Pfülf, Ilse Müller-Oestreich entwickeln ihre höchst beachtenswerten Gedanken über die Umbildung der Familie und die wachsende Uebernahme pädagogischer Funktionen durch die Gesellschaft; Fritz Klatt spricht feinsinnig über Alter und Jugend, Käthe Feuerkack behandelt die Rolle der Jugend im Wirtschaftsprozeß vom Standpunkt der Wirtschaft, der Familie und des jugendlichen Individuums und leitet schließlich aus ihrer Betrachtung der tatsächlichen Verhältnisse ihre Forderung einer Synthese zwischen den Ansprüchen der Wirtschaft und denen des jungen Menschen als Einzelwesen her: Unterordnung des jugendlichen Einzelwesens unter die Forderungen der Gesellschaft, aber Schaffung einer bevorrechteten Stellung für den Jugendlichen, die ihm neue Möglichkeiten des Lernens und der Ausbildung gewährt. Tiefste Ehrfurcht und gesteigertes Verantwortungsbewußtsein erfüllt die Erörterungen von Adolf Koch und Lydia Stöcker über das sexuelle Problem. Max Hodann betont mit erfreulicher Deutlichkeit den engen Zusammenhang zwischen Erziehung und Politik, zwischen pädagogischer Erneuerung und sozialistischer Umgestaltung der Gesellschaft. Nicht alle Vorträge können hier erwähnt werden, doch dürfen Franz Hilkers anregende Ausführungen über die Jugend in der neuen Gesellschaft nicht unwidersprochen bleiben. Hilker bekennt sich zu dem Ideal der klassenlosen Gesellschaft, er wendet sich aber (a. a. O. S. 103 f.) leidenschaftlich gegen die unheilvollen Auswirkungen des Machtgedankens, der, wiewohl imperialistisch in seinem Kern, selbst Sozialisten und Kommunisten vielfach beherrsche. Aber es ist tatsächlich durchaus unmöglich, über den Wert oder Unwert der „Macht an sich" oder der „Gewalt an sich" irgendetwas auszusagen, was in der gegenwärtigen Welt der harten Realitäten irgendwelche schlechthinnige Gültigkeit beanspruchen könnte; was über ihren Wert oder Unwert entscheidet, ist vielmehr der Zweck, dem die Machtanwendung im besonderen Falle dienstbar gemacht wird. Konkreter ausgedrückt: Ist der Zwang, den eine herrschende Klasse ausübt in der Absicht, ihre eigene Vormachtstellung zu erhalten und zu festigen und eine unterdrückte Klasse im Zustande ihrer Unterdrücktheit und Abhängigkeit zu erhalten, identisch mit der Diktatur des Proletariats in der Zeit des Uebergangs zum Sozialismus, in der Periode der Umwandlung der bürgerlichen in eine sozialistische Gesellschaft, die das Wohl aller ihrer Glieder in gleicher Weise gewährleistet? Ist die Anwendung von Gewalt auch dann zu verwerfen, wenn sie als ein Erfolg versprechendes Mittel der Abwehr drohender Gewalt von gegnerischer Seite in Frage kommt? Bedeutet absoluter Verzicht auf die Anwendung von Macht, ja Gewaltmitteln nicht unter Umständen Verzicht auf die Durchsetzung des Sozialismus überhaupt? Diesem ganzen Problemkreis gegenüber ist Hilker völlig blind; für ihn schrumpft die ganze Frage auf den simplen G[...]dankengang zusammen: Macht bedeutet Unterdrückung, Unt[...]drückung ist destruktiv, also ist Macht verwerflich. In der Na[...] dieses abstrakt deduzierenden Formalismus sind allerdings [...] Katzen grau. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei es ganz e[...]deutig gesagt: wir müssen uns meines Erachtens freihalten eb[...] sowohl von der romantischen Verklärung und Uebersteigerung [...] Machtgedankens, die man bei Nationalisten und Kommunisten [...] häufig findet, wie auch von der unbedingten Verwerfung je[...] Gewaltanwendung überhaupt, wie sie von manchem Vertreter ein[...] quietistischen Pazifismus gepredigt wird; vielmehr müssen wir [...] ruhiger Besonnenheit auch zu diesem letzten Mittel greifen, we[...] bei reiflicher Erwägung aller in Betracht kommenden Faktor[...] — die voraussichtliche Stärke der bürgerlichen Gegenwehr im V[...]hältnis zu den auf sozialistischer Seite verfügbaren Kräften, [...] geschlossene Kampffront der Arbeiterschaft und ein hoher Grad [...] proletarischer Selbstdisziplin wären in erster Linie zu nennen [...] die Voraussetzungen seiner aussichtsreichen Anwendung gegeb[...] erscheinen. Auch Hilkers Ansicht vom Wesen der Wissensch[...] (a. a. O. S. 110 f.) müssen wir ebenso ablehnen, wie wir ebe[...] Wilbrandts verwandte Auffassung zurückgewiesen hab[...] (s. „Volkswacht" vom Mittwoch, den 16. Mai 1923). Das Ziel [...] Wissenschaft ist die reine Erkenntnis; ihre Methoden dürf[...] darum nicht durch eine von außen herangetragene Zwecksetzu[...] getrübt und verfälscht werden. Ob ihre Ergebnisse für [...] Praxis des Lebens nutzbar gemacht werden oder nicht, ist für [...] selbst von sekundärer Bedeutung.

Der Wert des Buches soll durch diese Einwände durcha[...] nicht herabgesetzt werden; vielmehr scheint uns der Widerh[...] und die Zustimmung, die das Werk bereits über Deutschlan[...] Grenzen hinaus gefunden hat (vgl. „Die Neue Erziehung" 5. Jahrg. 1923, Heft 6, S. 200) — in wesentlichen Punkten durcha[...] wohlbegründet.

Karl Heilig.

**Gewerkschaften und Jugendbewegung.** Herausgegeben v[...] Jugendsekretariat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund[...] (Berlin 1923, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutsch[...] Gewerkschaftsbundes m. b. H. 40 S.)

Der etwas anspruchsvolle Titel des Heftchens gibt [...] rechtes Bild von seinem Inhalt. Es handelt sich nicht um e[...] prinzipielle Darlegung des Verhältnisses zwischen Gewerkscha[...] und Jugendbewegung, wie man versucht sein könnte zu glaub[...] sondern um eine Reihe praktischer Winke und nützlicher Fing[...]zeige zur Verwirklichung des eingangs abgedruckten Program[...] für gewerkschaftliche Jugendarbeit. Auf knappem Raume gibt d[...] Büchlein Anregungen für die örtliche Tätigkeit, Nachweise v[...] Zeitschriften und empfehlenswerten Büchern (das oberflächli[...] und verständnislose Buch von Theo Herrle, die deutsch[...] Jugendbewegung in ihren wirtschaftlichen und gesellschaftlich[...] Zusammenhängen wäre allerdings S. 11 besser ungenannt g[...]blieben!), wichtige Aufschlüsse über die Bezahlun[...] der Lehrlingsarbeit, Auskünfte über Ferienwanderunge[...] Jugendherbergen, Erlangung von Fahrpreisermäßigungen, M[...]teilungen über die vorbildliche gewerkschaftliche Jugendarbeit [...] Berlin und Hamburg, u. a. m. So ist das Büchlein e[...] wertvoller Ratgeber in wichtigen Gegenwartsproblemen d[...] gewerkschaftlichen Jugendarbeit.

Karl Heilig.

**Die Konsumvereine in Holland, Japan, Oesterreich und [...] Schweiz.** Duncker & Humblot, München und Leipzig, 1923.

Der dritte Teil des 150. Bandes: „Die Konsumverein[...]bewegung in den einzelnen Ländern" (Herausgeber C. J. Fu[...] und R. Wilbrandt) dürfte nicht nur den Genossenschaftsfunkti[...]nären, sondern jedem Volkswirtschafter und auch Parlamentari[...] willkommen sein.

Ueber Holland berichtet der Präsident der Genossenschaft[...] internationale G. J. W. C. Goedhart kurz und bündig. [...] zeigt den Weg, den die holländische Genossenschaftsbewegun[...] gegangen ist. Erst Produktivgenossenschaften, die wie in viel[...] anderen Ländern zusammenbrachen, weil der Absatz, d. h. der Ko[...]sum, nicht organisiert war. Jetzt haben die Verbrauchergenoss[...]schaften unter Mangel an religiöser Neutralität zu leiden, [...] vor einigen Jahren an politischer. Er beurteilt die Situatio[...] optimistisch.

Ueber Japan schreibt Dr. Samezo Kurama (Ueber[...]setzer Herr Dr. Hans Adolf Harder): Seit 1910 ist dort eine Bew[...]gung im Gange, die allerdings mit der modernen Genossenschaft[...]bewegung noch wenig gemein hat. In Industriebezirken besteh[...] keine Konsumgenossenschaften in unserem Sinne. Wo ähnlic[...] Gebilde existieren, handelt es sich um patriarchalische Anstalten, [...] von Arbeitgeberseite gegründet wurden. Der modernen Ent[...]wicklung steht nicht nur die Pumpwirtschaft des schlecht bezahlt[...] Japaners entgegen, sondern auch der Kastengeist des gan[...] Volkes. Die Genossenschaften sind größtenteils Beamtenverei[...] oder ländliche Produzentengesellschaften. Die Hauptleitung li[...] in den Händen des konservativen Bürokraten Viskount Hirata, [...] die Bewegung im Staatsinteresse entfacht hat und im kapita[...]listischen Sinne leitet.

Außerordentlich lehrreich sind die Ausführungen üb[...] Oesterreich, die von Sigmund Kaff gemacht werden. Na[...] der politischen Wahlniederlage 1897 flüchtete die österreichi[...] Arbeiterschaft in die Wirtschaftsorganisationen, die hauptsächl[...] parteipolitisch geleitet wurden, um gleichzeitig der Partei dienst[...] zu sein. Sie wären zusammengebrochen, wenn nicht der Kri[...] mit seinen Folgen den Staat gezwungen hätte, eine andere Wi[...]schaftsweise einzuschlagen. Er bediente sich bei der Lebensmitt[...]verteilung der Konsumvereine. Die Kredite des Staates u[...] bevorzugte Belieferung verhalfen zu großem Aufschwung, a[...] auch zur Abkehr von genossenschaftlichen Prinzipien. Die Konsu[...]vereine sind heute ein Gemisch von gemein-gemischtwirtschaftlich[...] und privatkapitalistischen Unternehmungen, die teilweise Bedar[...]wirtschaft, aber bereits erheblich kapitalistische Produktion für [...] offenen Markt betreiben. Sie geraten steuerlich immer mehr [...] Nachteil, da trotz des Einflusses der Partei die Genossenschaft[...] keinerlei Berücksichtigung finden. Steuererleichterungen erhalt[...] nur die agrarischen Genossenschaften. Diese Abhandlung verdi[...] besondere Beachtung, da Deutschland denselben Weg geht, [...] Oesterreich gegangen ist. Hoffentlich besinnen sich unsere einfl[...]reichen Parlamentarier auf die Aufgaben, die das Proletariat [...] der Volkswirtschaft zu lösen hat, und ebnen den Weg für [...] genossenschaftliche Bedarfswirtschaft.

Die Darstellung der schweizerischen Bewegung [...] Dr. K. Pettermand. Hier fesselt nicht nur die Histori[...] Uebersicht, sondern auch der Bericht über das erste großzügi[...] Experiment auf genossenschaft-sozialistischem Gebiet. Der Verba[...] Schweizerischer Konsumvereine hat seine Konjunkturgewi[...] benützt, um ein soziales Werk von höchster Bedeutung zu schaff[...] In zwei Jahren wurde eine Siedlung „Freidorf" gebaut, [...] zunächst nur Angestellte des Verbandes mit wenig Ausnahm[...] als Mieter zählt. Diese müssen allen Bedarf im eigenen Ges[...] decken und die Verwaltung der Siedlung ehrenamtlich führ[...] Die Siedlung soll ein sozialpädagogisches Erziehungswerk [...] das nach den Methoden Pestalozzis gepflegt wird. Die Ueb[...]schüsse, die sehr erheblich sein dürften, da kein Baukapital zu v[...]zinsen ist, werden zur Anlage weiterer „Freidörfer" benützt. [...] wird also die Genossenschaft kein Krämerladen bleiben, sonder[...] die Zelle der zukünftigen Gesellschaftsordnung bilden.

Das 83 Seiten zählende Heft ist trotz reichem Zahlenmateri[...] flott geschrieben und verdient weiteste Verbreitung.

Karl Pietsch (Breslau)